

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonimentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsjahr 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammabreise: Volkszeitung Leipzig.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schöenlauk.

Inserate werden die gespaltene Postzelle oder deren Name mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schweriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Parteigenossen!
Zum Beschluss des vorjährigen Parteitages findet der diesjährige in Stuttgart statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Montag den 3. Oktober

nach Stuttgart in den Dinkelakerschen Saalbau, Hohenstaufen- und Tilbinger Straße, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Montag den 3. Oktober morgens 9 Uhr
und die folgenden Tage:

1. Konstituierung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrollen. Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: E. Wurm.
5. Die Maifeier 1899. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
6. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Berichterstatter: M. Schippel.
7. Anträge zum Programm und zur Organisation.
8. Sonstige Anträge.

Für Sonntag den 2. Oktober ist seitens der Stuttgarter Parteigenossen eine Empfangs- und Begrüßungsfeier vorgesehen. Dieselbe findet nachmittags 3 Uhr im Circus, Marienplatz, statt.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen spätestens den 15. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW., Kappelstr. 9, I.

sich, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Parteiorganisation im Vorwärts veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, falls sie zur Veröffentlichung und Verarbeitung gelangen sollen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:
Karl Sparta, Stuttgart, Weissenburgstr. 10.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden eracht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit dieses in Bezug auf Quartier &c. die notwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Verwendung am 1. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse

J. Auer, Berlin SW., Kappelstr. 9, I.
zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im Vorwärts noch in der dem Parteitag vorzulegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentreffen des Parteitages in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 18. August 1898.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Der neue Ausgleich.

* Leipzig, 19. August.

Aus Österreich wird uns vom 18. August geschrieben: Hört man etwas von einem Ausgleich reden, so weiß man schon, daß von Österreich die Rede ist, von dem Lande der nie ausgetigten Gegenseite, der nie vollendeten Ausgleiche, dem Lande, das seine politischen Fragen löst, indem es neue Fragen aufwirft. Um den österreichisch-ungarischen Ausgleich zu machen, wurde der deutsch-böhmisches Ausgleich versucht, der Streit um die Quote, überhaupt um die Besetzung Österreichs für die Verfassung des Doppelstaates wurde durch den Streit um die Sprachenverordnungen erschlagen. Dieser wie jener harret noch seiner Erledigung, da klingt schon wieder in die große Schlachtenphantomie ein neues Motiv hinein. Wir haben einen neuen Streit, eine neue Frage, eine neue Ausgleichsnötlichkeit.

Es handelt sich diesmal nicht um die Interessengegensätze zwischen Staaten und Völkern, sondern um einen Streit zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung. Graf Thun will den im Jahre 1887 geschlossenen zehnjährigen Ausgleich, der für das Jahr 1898 provisorisch verlängert worden war, für das Jahr 1899 abermals provisorisch verlängern. Er will dabei abermals jene rechtsverdrehenden Formen in Anwendung bringen, die vor Jahresfrist verwendet worden sind: Ungarn soll mit Österreich keinen neuen Vertrag schließen, verbleibt aber selbstständig bei den Bestimmungen des alten Zoll- und Handelsbündnisses, die in Österreich durch Notverordnung in Geltung erhalten werden. Baron Bánffy aber will das nicht, sondern ver-

langt eine verfassungsmäßige und definitive Erledigung der Ausgleichsfragen. Eine verfassungsmäßige Erledigung, das heißt eine Erledigung auf Grund von Beratungen bei den gesetzgebenden Körperschaften, des ungarischen Reichstags sowohl als des österreichischen Reichsrats, eine definitive Erledigung, das heißt nicht eine Erledigung für bloß ein Jahr, sondern für zehn Jahre, wie sie durch das Gesetz vom Jahre 1867 vorgesehen ist.

Baron Bánffy hat mehr als einen Grund, auf dieser Forderung zu beharren. Bekanntlich konnte ja das Provisorium für 1898 nur dadurch den Widerstand der Unabhängigkeitspartei besiegen, daß das Gesetz dieses Provisorium für einen Ausnahmefall erklärte, der nicht wiederholt werden dürfe. Baron Bánffy könnte aber dennoch bei geänderten Formalitäten sachlich beim Alten bleiben, hätte er nicht ein Interesse daran, der österreichischen Regierung das Messer an die Kehle zu setzen. Die magyarischen Centralisten, die grausamen Kämpfer des Slaventums sowohl wie des Deutschums innerhalb der ungarischen Grenzen, beobachten zitternd die Fortschritte der föderalistischen Ideen in Österreich. Im Sturze der Deutschen von ihrer führenden Stelle in Österreich sehen sie das Bild ihrer eigenen Zukunft. Baron Bánffy hat keinen Grund, einem Ministerium, das die Sprachenverordnungen aufrecht erhält und das sich auf die Slaven stützt, Gefälligkeiten zu erweisen, die ihn selbst den Hals kosten könnten. Und nicht nur als centralistischer Politiker, sondern auch als schlauer Geschäftsträger seines Landes hat Bánffy ein Interesse daran, das Ministerium Thun in die Enge zu treiben: Denn je mehr Österreich in formal rechtlichen Dingen ins Unrecht gesetzt wird, desto leichter ist es für Ungarn, die materiellen Vorteile, die es aus dem Dualismus zieht, zu bewahren und zu vergrößern.

Baron Bánffy will ein verfassungsmäßiges Definitivum, Graf Thun ein verfassungswidriges Provisorium. Eine Einigung zwischen den beiden Ministern war nicht zu erwarten, die gemeinsamen Minister Goluchowski und Kallay zeigten sich als Partei, nicht als Richter im Streite; was blieb anderes übrig, als nach Ischl zu fahren und dem Kaiser dort die Sache vorzutragen?

Der Leser merkt, daß hier die Geschichte spannend wird. In wenigen Stunden soll der Kaiser eine Entscheidung über eine Sache geben, über die sich seine Minister seit Monaten die Köpfe zerbrechen. Leider aber hat diese Geschichte gerade dort, wo sie spannend wird, vorläufig ihr Ende erreicht. Es scheint, daß den Ministern in Ischl gesagt worden ist: „Vertraut auf mich und helft euch selbst, so wird auch Gott euch helfen.“ Von allen „ganz verlässlichen, von besonderer

Seuilleton.

Stückende verboten.

Aquis Submersus.

(In den Fluten versunken.)

Novelle von Theodor Storm.

Nun gedachte ich, daß, wann in zu verhoffender Zeit sie selber in der Fremde leben und wohl das Vaterhaus nicht mehr betreten würde, sie seines Anblicks doch nicht ganz entzogen sollte; zog also meinen Stift herfür und begann zu zeichnen, gar sorgsam jedes Winzelschen, woran ihr Auge einmal nicht gehaftet haben. Als farbige Schilderei sollt' es dann in Amsterdam gefertigt werden, damit es ihr sofort entgegenrührte, wann ich sie dort in unsre Kammer führen würde.

Nach ein paar Stunden war die Zeichnung fertig. Ich ließ noch wie zum Gruß ein zwitschernd Voglein darüber fliegen; dann suchte ich die Lichtung auf, wo wir uns finden wollten, und streckte mich nebenan im Schatten einer dichten Buche; sehnlich verlangend, daß die Zeit vergehe.

Ich mußte gleichwohl darob eingeschlummert sein; denn ich erwachte von einem fernem Schall und wußt' des inne, daß es das Mittagläuten von dem Hofe sei. Die Sonne glänzte schon heiß hernieder und verbreitete den Nach der Himbeeren, womit die Lichtung überdeckt war. Es fiel mir bei, wie einst Katharina und ich uns hier bei unsren Waldgängen süße Wegzehrung geholet hatten; und nun begann ein seltsam Spiel der Phantasie! bald sahe ich drüber

zwischen den Sträuchern ihre zarte Kindsgestalt, bald stand sie vor mir, mich anschauend mit den seligen Frauenaugen, wie ich sie letzlich erst gesehen, wie ich sie nun gleich, im nächsten Augenblicke schon lebhaftig an mein klopsend Herz schließen würde.

Da plötzlich überfiel mich's wie ein Schrecken. Wo blieb sie denn? Es war schon lang, daß es geläutet hatte. Ich war aufgesprungen, ich ging umher, ich stand und spähte scharf nach aller Richtung durch die Bäume; die Angst trockn mir zum Herzen; aber Katharina kam nicht; kein Schritt im Laube raschelte; nur oben in den Buchenwipfeln rauschte ab und zu der Sommerwind.

Über Ahnung voll ging ich endlich fort und nahm einen Umweg nach dem Hofe zu. Da ich weit dem Thore zwischen die Eichen kam, begegnete mir Dieterich. „Herr Johannes“, sagte er und trat hastig auf mich zu: „Ihr seid die Nacht schon in Hans Othens Krug gewesen; sein Junge brachte mir Euren Gaul zurück; — was habt Ihr mit unserm Junkherrn vorgehabt?“

„Warum fragst Du, Dieterich?“

„Warum, Herr Johannes? — Weil ich Unheil zwischen Euch verhüten möcht.“

„Was soll das heißen, Dieterich?“ fragt' ich wieder; aber mir war bellommen, als sollte das Wort mir in der Kehle stecken.

„Ihr werdet's schon selber wissen, Herr Johannes!“ entgegnete der Alte. „Mir hat der Wind nur so einen Schall davon gebracht; vor einer Stunde mag's gewesen sein; ich wollte den Burschen rufen, der im Garten an den Hecken pugte. Da ich an den Turm kam, wo droben unser Fräulein ihre Kammer hat, sah ich dorten die alte Bos' Ursel mit unserem Junker dicht beisammen stehen. Er hatte die Arme unterschlagen und sprach kein einziger Wörtlein; die

alte aber redete einen um so höheren Haufen und jammerte ordentlich mit ihrer feinen Stimme. Dabei wies sie bald nieder auf den Boden, bald hinauf in den Ephau, der am Turm hinaufwächst. — Verstanden, Herr Johannes, hab' ich von dem allen nichts; dann aber, und nun merkt wohl auf, hielt sie mit ihrer knubben Hand, als ob sie damit drohete, dem Junker was vor Augen; und da ich näher hinsah, war's ein Fezen Grauwurf, just wie Ihr's da an Euerem Mantel tragt.“

„Welter, Dieterich!“ sagte ich; denn der Alte hatte die Augen auf meinen zerfissenen Mantel, den ich auf dem Arme trug.

„Es ist nicht viel mehr übrig;“ erwiderte er; „den der Junker wandte sich jählings nach mir zu und fragt' mich, wo Ihr anzutreffen waret. Ihr möget mir es glauben, wäre er in Wirklichkeit ein Wolf gewesen, die Augen hätten blutiger nicht funkeln können.“

„Da fragt' ich: „Ist der Junker im Hause, Dieterich?“

„In Hause? Ich denke wohl; doch was finnet Ihr, Herr Johannes?“

„Ich sinne, Dieterich, daß ich alljogleich mit ihm zu reden habe.“

Aber Dieterich hatte bei beiden Händen mich ergriffen. „Geht nicht, Johannes,“ sagte er dringend; „erzählt mir zum wenigsten, was geschehen ist; der Alte hat Euch ja sonst guten Rat gewußt!“

„Hernach, Dieterich, hernach!“ entgegnete ich. Und also mit diesen Worten riß ich meine Hände aus den seinen.

Der Alte schüttelte oen Kopf. „Hernach, Johannes,“ sagte er, „das weiß nur unser Herrgott!“

Ich aber schritt nun über den Hof dem Hause zu. —

Selte stammenden" Berichten der bürgerlichen Presse scheint derjenige der richtigste zu sein, demzufolge die Entscheidung vertagt worden ist. Das ist die einzige Lösung der brennenden Frage, die den alten österreichischen Traditionen entspricht.

An anderweitigen Vermutungen und Kombinationen fehlt es natürlich nicht. Es ist nicht schwer, im Streite zwischen verfassungsmäßigem Definitivum und verfassungswidrigem Provisorium entweder ein verfassungswidriges Definitivum oder ein verfassungsmäßiges Provisorium zu prophezeien. Gleichzeitig wird die Octroyierung des Badenischen Ausgleichs durch § 14 und die knapp bevorstehende Wiedereröffnung des Reichsrates gemeldet. Aber allen diesen Gerüchten gegenüber muß vorläufig an der einen Wahrschheit festgehalten werden: Wenn es einen Menschen giebt, der weiß, was in Österreich geschehen soll, so ist das der österreichische Kaiser. Aber es scheint: vorläufig weiß es auch der nicht.

Nur ein Resultat der Thürler Konferenzen scheint festzustehen. Baron Bansffy bleibt. Und da er in seiner Presse ganz offen erklärt hat, er würde zurücktreten, wenn ihm die Abschaffung eines neuen Provisoriums auf Grund des § 14 zugemutet werden würde, so kann man es als gewiß ansehen, daß er vorläufig in seinem Streite mit Thunrech behalten hat. An etwas anderes war vernünftigerweise nicht zu denken. Der Rücktritt Bansffys, die Ernennung eines Ministeriums in Ungarn, das den Ausgleich d la Thun machen will, hätte den Anstoß zu schweren inneren Krisen in Ungarn selbst gegeben, ohne die österreichische Krise zu beenden. Es ist sehr erfreulich, wenn es dabei bleibt, daß die österreichischen Minister selber die Suppe auslösen sollen, die sie sich eingebrochen haben — das Wehgescheit der deutsch-bürgerlichen Presse kann daran nichts ändern.

Es ist geradezu unbegreiflich, daß die Zeitungen der Obstruktionisten in dem Duell Thun-Bansffy für Thun und gegen Bansffy Stellung genommen haben. Die Leute, die die Tagung des Reichsrates unmöglich gemacht haben, liegen heute vor dem Absolutismus anbetend auf den Knien, und daß es immer so bliebe, ist ihr einziger Wunsch. Der ungarische Ministerpräsident ist ihnen ein verhaschter Friedensübler, ein unangenehmer Wecker aus dem süßen Schlummer. Halbheit und Feigheit, die unveränderlichen Charakterzüge einer profithungrigen Bourgeoisie, haben auch dieser neuesten Episode der deutschbürgerlichen Revolution ihren Stempel aufgedrückt. Von der Obstruktion abzulassen, ist den deutsch-bürgerlichen Parteien unmöglich. Die Aufhebung der Sprachenverordnungen würde die kompakte Majorität des Abgeordnetenhauses gegen sich haben, und nur einen Bruchteil der Opposition für die Regierung gewinnen. Ein reaktionärer Staatsstreich aber, durch den sich etwa die Regierung ein arbeitsfähiges Parlament verschaffen wollte, würde den Straßensampf entfesseln — und das gar noch im Jubiläumsjahr!

Graf Thun mag sehen, wie er mit diesen Problemen fertig wird! Er ist gestellt, und vergeblich wird er den Ausweg suchen, den ihm die Feigheit seiner österreichischen Gegner so gerne geöffnet hätte. Er hat mit der Schließung der Session des Reichsrates, wie sich heute herausstellt, eine ganz kolossale Dummheit begangen und sich selbst die Schlinge gedreht, in der er hängt. Denn eine Bestimmung der Quoten durch den Kaiser, wie sie im Vorjahr erfolgte, ist durch die vorzeitige Schließung der Session und die damit verbundene Auflösung der Quotendeputation unmöglich geworden. Graf Thun wird den Reichstag wieder eröffnen, wieder eine Quotendeputation wählen lassen, wieder den Reichstag vertagen — kurz seine ganzen Frühjahrsmanöver im Herbste wiederholen müssen, soll eine neue Bestimmung der Quoten durch den Kaiser möglich gemacht werden.

Die Fragen des Zoll- und Handelsbündnisses, des gemeinsamen Geld- und Bankwesens können durch diese Manöver natürlich nicht erledigt werden, der Streit zwischen den beiden Regierungen wird durch sie nicht entschieden, und die österreichische Krise, die sich in den letzten Tagen so verschärft hat, wird durch sie in keiner Weise gemildert. Glück-

sicherweise nicht! Denn die Sozialdemokraten Österreichs brauchen vor dem Kommenden nicht zu zittern, und je deutlicher sich die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes zeigt, desto eher wird der faule Frieden und die Herrschaft des Absolutismus ein Ende finden.

F. S.

Politische Übersicht.

Bur Politik der Mächte in China.

Wir haben gestern die offenbar „inspirierten“ Darlegungen der Kölnischen Zeitung zur Chinapolitik skizzirt. Sie knüpft an eine Bischofschrift an, die der frühere Gouverneur von Hongkong, Sir William de Boen, in der Times veröffentlicht hat und die sogar die Times, die Chorführerin der „stärkeren Tonart“ gegen Russland, eine Verurteilung auf den „gelben Schrecken“ nennt. „Und doch waren diese Ausführungen recht interessant und bezeichnend für die Stimmung gewisser Kreise. Sir William befürwortet, kurzerhand Russland den Krieg zu erklären, nachdem England sich mit Japan verbündet und ihm die Mandchurie und Korea als Beute versprochen habe. Noch sei es Zeit, habe aber erst später einmal Russland die militärische Bucht der Nordchinesen in die Hand genommen und sich mit ihnen ein Heer von Millionen ausgezeichneten Soldaten geschaffen, so könnte ihm seine Macht mehr widerstehen, dann sei es vollends aus mit Englands Einfluß in China, und auch Indien werde dem russisch-chinesischen Ansturm erlegen müssen.“

„Das ist“, so sagt die Kölnische Zeitung, „ja zweifellos politische Zukunftsmusik, aber sie könnte sehr wohl einmal aktuelle Wahrheit werden, denn daß Nordchina ein vortreffliches Soldatenmaterial birgt, hat der kurze Versuch bewiesen, der dort mit deutschen Lehrmeistern gemacht worden ist. Kein geringerer als Prinz Heinrich von Preußen war von den Leistungen der unter deutscher Leitung ausgebildeten chinesischen Truppe in Wusung derart überrascht, daß er nachher meinte: „Diese Geschichte wird zu gefährlich, es ist gut, daß das ausfällt.“ Russland wäre daher sehr kitzlig, wenn es über der Jagd nach Metallen und schwarzen Diamanten den unermesslich wertvollen Schatz zu heben vergäße, der in dem Menschenmaterial seiner chinesischen „Interessensphäre“ schlummert. Vorläufig aber wird sein Bestreben dahin gehen, den kriegerischen Zusammenstoß mit Großbritannien, den wie in England so auch in Russland viele Leute für unvermeidlich halten, möglichst lange hinauszuschieben. Dem entspricht denn auch die friedserlige Erklärung, mit der das halbamtliche Journal de St. Petersbourg die Aufregung der Engländer zu beruhigen sucht.“ Das Blatt betont den friedlichen Charakter der russischen Politik in China und warnt vor beunruhigenden Sensationsnachrichten. „Das Ziel der russischen Regierung“, heißt es dann, „ist, die fürsichtig gewonnenen Vorteile zu wahren, nicht aber neue Erwerbungen im fernen Osten zu machen. Es liegt der Regierung vollständig fern, die wirtschaftlichen Interessen Englands oder irgend einer anderen Macht zu verleihen.“ Diese offiziöse russische Auslassung wird in England mit sehr gelebten Gefühlen aufgenommen. Die Times nennt sie eine „liebenswürdige Unverschämtheit“, weil die „gewonnenen Vorteile“, von denen darin die Rede ist, nichts anderes bedeuten, als die Oberhoheit über ganz Nordchina bis hinein in das Herz des Yangtse-Thales sowie die ausschlaggebende Kontrolle über die Centralregierung in Peking.

Der Londoner Daily Graphic, der die „mildere Tonart“ gegen Russland vertritt, ist von der russischen Erklärung durchaus befriedigt und glaubt versichern zu können, daß sie der Vorbote von Verhandlungen über einen englisch-russischen Ausgleich in China sei.

Auch die Köln. Blg. hält „die lebhafte Lösung für die wahrscheinlichere“. Schon jetzt habe sich gezeigt, daß der Begriff „Interessensphäre“, den alle — England eingeschlossen — in diese Politik aufgenommen hätten, so manigfache Gefahren bergen, daß eine internationale Verständigung darüber durchaus notwendig erscheine. „Und je früher sie erfolgt, um so eher wird der Stein von Verwicklungen, der in dem jetzigen Zustande liegt, beseitigt. Es darf als zweifellos gelten, daß den Mächten, als sie den Begriff der Interessensphäre in ihre chinesische Politik einführen, die Aufteilungspraxis in Afrika als Beispiel vorschwebte. Indessen, so ohne weiteres sich dieses Verfahren, das schon im „Niemandslände“ Schwierigkeiten genug bereitet hatte, nicht auf das von der Pekinger Regierung verwaltete China übertragen, und da die chinesische Regierung das Schicksal Afrikas kannte, so war sie darauf bedacht, sich selbst einem ähnlichen Geschick zu entziehen, ein Bestreben, das in den beiden bis jetzt bekannten Abmachungen

über die Interessensphären deutlich zu Tage tritt. Das Thungli-Pamen (das chinesische Auswärtige Amt) vermeidet darin ängstlich, den Mächten irgend ein Recht auf das, was sie ihre Interessensphäre nennen, zuzuerkennen, es belont im Gegen teil mit einer vielleicht nicht ganz freiwilligen Ironie, daß nur China allein ein Recht auf diese Gebiete zustehe.

So lautet der entsprechende Satz in der Note des Thungli-Pamens an den britischen Gesandten: „Die Regierung hat zu bemerken, daß die Yangtse-Gegend von der größten Wichtigkeit sowohl für die ganze Stellung Chinas als auch für seine Interessen ist, und es ist selbstverständlich, daß dort kein Gebiet einer anderen Macht verpfändet, verpachtet oder abgetreten wird. Da Ihrer britischen Majestät Regierung ihr Interesse oder Ihre Sorge nach dieser Richtung ausgesprochen hat, so hält das Pamen es für seine Pflicht, diese Note an den britischen Minister zu richten.“ England kann sich in diesem Punkte wenigstens nicht beschlagen, vorzugsweise schlecht behandelt worden zu sein, denn ganz ähnlich lautet der Bescheid der chinesischen Regierung auf die Forderung Frankreichs in Bezug auf dessen Interessensphäre; es heißt da: „Da unsere Regierung die an Tsching grenzenden Provinzen als wichtige Grenzgebiete betrachtet, an denen sie das höchste Interesse hat, so ist sie der Ansicht, daß diese Gebiete stets von China verwaltet und unter seiner Oberhoheit bleiben müssen. Es liegt kein Grund vor, sie einer anderen Macht abzutreten oder zu verpachten. Da die französische Regierung besonderen Wert darauf legt, diese Sicherung zu empfangen, so glauben wir diese amtliche Antwort an Eure Exzellenz richten zu müssen.“ Dennoch ist also die Lage die, daß die chinesische Regierung weder England noch Frankreich — und den übrigen Mächten gegenüber direkt sie dieselbe Form gewählt haben — irgend ein Recht auf die Gebiete zugesteht, die diese als ihre Interessensphären betrachten.

Die Köln. Blg. schließt ihr Kolleg über kapitalistische Erwerbungs-politik mit dem Appell an die „Europäer“, mit China auf Grund von „Vereinbarungen“ durch Aufteilung aufzuräumen:

Das wird nun freilich die Mächte nicht hindern, auf ihrer Politik zu beharren, zumal da die Auseinandellung in Interessensphären, wie noch vor kurzem ein sachverständiger Beobachter in der Köln. Blg. ausgeführt hat, auch für China und seine Bevölkerung das einzige Heilmittel bedeutet. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die übrigens durchaus begreifliche Haltung der chinesischen Regierung die offene Bekundung dieser Politik und eine Verständigung der Mächte über sie erheblich erschwert. Inbessen, dem Europäer sieht das Hemd näher als der Rock und das Interesse jeder einzelnen europäischen Macht, durch eine internationale Verständigung auch auf Kosten der chinesischen Regierung Gefahren zu befreien, die ihren eigenen Bestand bedrohen, ist größer als der Anteil an der Erhaltung eines Jahrtausende alten Staatswesens, das nicht früh genug darauf bedacht gewesen ist, sich selbst Schutz und Schirm aus der eigenen Kraft zu schaffen.

Deutschisches Reich.

Gegen das Reichstagswahlrecht

richtet natürlich auch die Stimmlaue Post aus. „Weber entspricht“, so schreibt die Post, „das verhältnismäßige Vorwiegen des katholischen Elementes dem thotschlichen Stande der Dinge, noch hieße es dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn man den in ihm herrschenden Geist nach der Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen resp. nach den sozialdemokratischen Wahlsiegeln beurteilen wollte. Allerdings verdiente das deutsche Reichstagswahlrecht nicht unter allen Umständen den üblichen Ruf, in den es bei uns seit seinem Bestehen mehr und mehr gelommen sei. Das beweisen nicht nur die Resultate, die man damit in Frankreich unter dem Kaiserreich wie unter der Republik, sondern auch bei uns während der Kanzlerschaft des Bismarck erzielt habe. Nur starke Regierungen, die nicht der Spielball der öffentlichen Meinung seien, sondern umgekehrt, diese zu beherrschen und zu leiten wüssten, besiegen in dem allgemeinen Wahlrecht ein nützliches Werkzeug der Herrschaft. Schwache oder unsfähige Regierungen befinden sich ihm gegenüber von vornherein in einer wenig hervorragenden Lage, sie mühten dann im Stande sein, durch äußere oder innere Aktionen die Wähler vor großer Entscheidungen zu stellen.“ In normalen Zeiten ruhiger Friedlicher Entwicklung versage die Waffe oft selbst in den kräftigsten Händen. Die Entwicklung der französischen Verhältnisse seit dem Sturz des Kaiserreiches sei hierfür bezeichnend. An großen Staatsmännern habe es der Republik durchaus gefehlt. Starke Regierungen suchten wir dort vergebens. Die jüngsten Wahlen hielten auch im französischen Parlament eine Versplitterung und einen Wirrwarr

Kunde gegeben; des Herzogs Gerichte gegen Herrn Gerhardus' Sohn und Katharinens Bruder anzurufen, konnte niemals mir zu Sinne kommen. Er möchte sich dessen auch wohl getrostet; noch glaubhafter jedoch, daß er allen diesen Dingen trozte.

Nur einmal war mein guter Dieterich da gewesen; er hatte mir in des Junkers Auftrage zwei Wollen ungarischer Dusaten überbracht, als Lohn für Katharinens Bild, und ich hatte das Geld genommen, in Gedanken, es sei ein Teil von deren Erbe, von dem sie als mein Weib wohl später nicht zu viel empfahen würde. Zu einem traurlichen Gespräch mit Dieterich, nach dem mich sehr verlangte, hatte es mir nicht geraten wollen, mache das gelbe Fuchsgefühl meines Wirtes allzuoft in meine Kammer schaute; doch wurde so viel mir kund, daß der Junker nicht nach Nied gereist, und Katharina seither von niemandem wieder in Hof noch Garten war gesehen worden; kaum konnte ich noch den Alten bitten, daß er dem Fräulein, wenn sich's treffen möchte, meine Grüße sage, und daß ich bald nach Holland zu reisen, aber bald noch zurückzukommen dächte, was alles in Treuen auszurichten et mir dann gelobte.

Überfiel mich aber danach die allergrößte Ungezügeln, so daß ich gegen den Willen des Chirurgus und bevor im Walde drüber noch die letzten Blätter von den Bäumen fielen, meine Meise ins Werk setzte; langte auch schon nach kurzer Freist wohlbehalten in der holländischen Hauptstadt an, allwo ich von meinen Freunden gar lieblich empfangen wurde, und mochte es auch ferner vor ein glücklich Zeichen wohl erkennen, daß zwei Bilder, so ich dort zurückgefallen, durch die hilfsbereite Vermittelung meines teuren Meisters van der Helst beide zu ansehnlichen Preisen verkaufet waren.

(Fortsetzung folgt.)

Der Junker sei eben in seinem Zimmer, sagte eine Magd, so ich im Hausflur darum anhielt.

Ich hatte dieses Zimmer, das im Unterhause lag, nur einmal erst betreten. Statt wie bei seinem Vater sel. Bücher und Karten, war hier vielerlei Gewassen, Handarbeiten und Arkebusen, auch allerart Jagdgeräte an den Wänden angebracht; sonst war es ohne Zier und zeigte an ihm selber, daß niemand auf die Dauer und mit seinen ganzen Sinnen hier verweile.

Fast wär' ich an der Schwelle noch zurückgewichen, da ich auf des Junkers „Herein“ die Thür geöffnet; denn, als er sich vom Fenster zu mir wandte, sahe ich eine Kleterpistole in seiner Hand, an deren Radschloß er hantierte. Er schaute mich an, als ob ich von den Tollen käme. „So!“ sagte er gedehnt; „wahrhaftig, Sieur Johannes, wenn's nicht schon sein Gespenste ist!“

„Ihr dachtet, Junker Wulf,“ entgegnet' ich, ißt näher zu ihm tretend, „es mödt' der Strafen noch andre für mich geben, als die in Eure Kammer führen!“

— „So dachte ich, Sieur Johannes! Wie Ihr gut raten könnt! Doch immerhin, Ihr kommt mir eben recht; ich hab' Euch suchen lassen!“

In seiner Stimme bebte was, das wie ein lauernd Raubtier auf dem Sprunge lag, so daß die Hand mir unverlehnbar nach dem Degen fuhr. Jedermann sprach ich: „Hört mich und gönnet mir ein ruhig Wort, Herr Junker!“

Er aber unterbrach meine Rede: „Du wirst gewogen sein, mich erschlich auszuhören! Sieur Johannes,“ — und seine Worte, die erst langsam waren, wurden allmählich gleichwie ein Gebüll — „vor ein paar Stunden, da ich mit schwerem Kopf erwachte, da fiel's mir bei und rettete mich gleich einem Narren, daß ich im Mausel die wilden Hunde Dir auf die Ferse gehetzt hatte; — seit aber Vas-

Ursel mit den Fezen vorgehalten, den sie Dir aus Deinem Federbalg gerissen, — beim Höllenelement! mich reut's nur noch, daß mir die Bestien solch Stück Arbeit nachgelassen!“

Noch einmal suchte ich zu Worte zu kommen; und, da der Junker schwieg, so dachte ich, daß er auch hören würde. „Junker Wulf,“ sagte ich, „es ist schon wahr, ich bin kein Edelmann; aber ich bin kein geringer Mann in meiner Kunst und hoffe, es auch wohl noch einmal den Größeren gleich zu thun; so bitte ich Euch geziemtlich, gebet Eure Schwester Katharina mir zum Ehemahl“ —

Da stockte mir das Wort im Munde. Aus seinem bleichen Antlitz starrten mich die Augen des alten Bildes an; ein gellend Lachen schlug mir in das Ohr, ein Schuß — — dann brach ich zusammen und hörte nur noch, wie mit der Degen, den ich ohn' Gedanken fast gezogen hatte, klirrend aus der Hand zu Boden fiel.

Es war manche Woche danach, daß ich in dem schon bleicher Sonnenchein auf einem Bänkchen vor dem letzten Haus des Dorfes saß; mit matten Blicken nach dem Wald hinüberschauend, an dessen jenseitigem Rande das Herrenhaus belegen war. Meine thotschlichen Augen suchten stets aufs neue den Punkt, wo, wie ich mir vorstellte, Katharinens Kämmerlein von drüben auf die schon herbstlich gelben Wipfel schaue; denn von ihr selber hatte ich keine Kunde.

Man hatte mich mit meiner Wunde in dies Haus gebracht, das von des Junkers Waldhüter bewohnt wurde; und außer diesem Mann und seinem Weibe und einem mir unbekannten Chirurgus war während meines langen Lagers niemand zu mir kommen.

Bon wannen ich den Schuß in meine Brust erhalten, darüber hat mich niemand bestagt, und ich habe niemandem

gezeigt, daß es schwer zu sagen wäre, wie dabei eine faktisch regierungsähnliche Majorität zu stande kommen sollte.

In Deutschland sei dieser Zeitpunkt schon weit früher eingetreten. Selbst Fürst Bismarck habe schon viele Erfahrungen mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht... Das geistige Niveau des Reichstages sei, so meint die Post, immer tiefer gesunken, und sie macht dafür ausdrücklich das allgemeine Stimmrecht in seiner jetzigen Form verantwortlich. Das leichtsinnige Spiel mit der sozialen Frage habe das Uebel nur noch schlimmer gemacht; die sozialistische Flut habe ihre Wogen bis tief hinein in den Kleinbürgerstand gewälzt. Der Reichstag werde ohne Zweifel ein immer einseitigeres Aussehen erhalten. Centrum und Sozialisten würden seine Signatur bilden, denn diese beiden Parteien haben allerdings in dem allgemeinen Stimmrecht, wie es jetzt besteht, das Ideal ihrer Wünsche. Gestützt auf streng disziplinierte Mächte, hier der römischen Geistlichkeit, dort der Arbeiter, finden sie bei ihm vollauf ihre Rechnung. Deutsch aber werde man dieses deshalb kaum nennen dürfen; es sei und bleibe in seiner gegenwärtigen Form ein auswärtiges spezifisch französisches Gewichts, und der Hinweis auf die Wahlen zum Frankfurter Parlament ändere davon nichts. Wenn es deutschen Ursprungs, deutschem Geiste und deutscher Eigenart entsprechend, "wie wäre es denkbar, daß bereits so kurze Zeit nach seiner Einführung der Ruf nach Aenderung in den weitesten Kreisen erhoben wird!"

Jürgenfrage, was an die Stelle des bestehenden Wahlrechts zu setzen wäre, will die Post nicht eingehen. Diese Frage werde erst ihre Lösung finden, wenn die Überzeugung zum Durchbruch gelangt sei, daß jedes Wahlrecht besser sei als das zur Zeit im Reichstag funktionierende.

So agitiert das Organ der Schäfsmacher, Carrerechtauer und Gewaltpolitischer gegen eine Verfassungseinrichtung. Je darüber diesem Zeitungsgesinde und seinen Nährvatern auf die langen Finger gesetzt wird, um so rascher wird ihr polizistisch-ruppiger "Finden"schlag versummen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Das Landgericht in Hannover sprach den jugendlichen Hans-Joachim Wiegert aus Kirchwehren von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei. Er sollte bei einer Becherei, bei der allerlei Trunksprüche ausgebracht wurden, beleidigende Äußerungen gegen den Kaiser haben fallen lassen. Die öffentliche Verhandlung ergab nicht den Beweis der Schuld.

* Berlin, 19. August. Frohe Aussichten für die Steuerzahler eröffnet diese Notiz: "Auf dem Tegeler Schießplatz wurde am 17. ds. Ms. ein Versuchsschießen mit einem in Aussicht genommenen Infanteriegewehr durch Offiziere der Gewehrprüfungskommission in Spandau veranstaltet. Die Proben wurden auf Distanzen von 2000 Meter mit Erfolg ausgeführt."

Mit der deutschen Regierung hat die South-West-Africa-Company in London eine Konvention abgeschlossen, wonach die Gesellschaft gegen die Aufgabe einiger ihrer Bauernrechte in Deutsch-Südwestafrika und außer einigen Erleichterungen bezüglich Damaraland eine Konzession für Grubenförderung in Ovamboland über schätzungsweise 28 000 englische Quadratmeilen erhielt.

Die Förderung der Geflügelzucht ist bekanntlich zum erstenmal im preußischen Etat für 1898/99 ein Fonds ausgeworfen worden, der insbesondere für bäuerliche Wirtschaften bestimmt ist. Der Landwirtschaftsminister hat nach der Berl. Korresp. beschlossen, Bewilligungen aus dem genannten Fonds nur noch an die Landwirtschaftskammer und landwirtschaftlichen Centralvereine befreit. Hebung der Nutzgeflügelzucht einzutreten zu lassen. Mangels eines anderen geeigneten Fonds werden dagegen den Sing- und Ziervögelzuchtvieren Staatsbeihilfen in Zukunft nicht mehr bewilligt werden. Der "genossenschaftliche" Zusammenschluß wird auch auf diesem Gebiete besonderer Beachtung empfohlen. Außerdem sollen solche Wirtschaften prämiiert werden, in denen erfolgreich und zweimalig Geflügelwirtschaft betrieben wird. Einzelne bäuerliche Geflügelwirtschaften sollen zu Musterwirtschaften herausgebildet und in den Dienst der belehrenden Thätigkeit gestellt werden. Auch sollen örtliche und provinziale Geflügelschauen zur Anregung und Belohnung beitragen, und diese Ausstellungen sollen durch Bewilligung von Auszeichnungen unterstützt werden. Die Kundgebung ist ein belangloser Wortschwall, dies "kleine Mittel" verfügt in der That nicht. Beträgt doch der ganze Fonds 30 000 Mark! Herr v. Hammerstein-Voxen macht es den Bündern mit solch einer Bagatelle doch nicht recht. Die Deutsche Tageszeitung ist auch ärgerlich darüber, daß die Berl. Korresp. behauptet, "daß ungenügende Kenntnis und alteingesetzte Anschanungen bisher dem Aufschwunge der Geflügelzucht entgegengewirkt hätten". Die einzige ernsthafte Hilfe, so sagt das Organ des Hahn, sei ein "genügender Zoll". Belohnung des Geflügels, das ist die Lösung.

Der Bundesrat hat durch Beschluss vom 16. ds. Ms. eine Neuregelung des Nachrichtendienstes in Viehseuchenangelegenheiten eintreten lassen, die am 1. Oktober ds. J. in Kraft tritt und von den bisher gültigen Bestimmungen in einigen Punkten abweicht.

Es besteht in Deutschland ein Verein von praktischen Schulmännern und Gelehrten, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, das Material zur deutschen Erziehungsgeschichte zu sammeln und zu veröffentlichen. Der Verein wünscht, daß sein Unternehmen durch Mittel des Reiches unterstützt werde. Offiziell wird nun angekündigt, der Etatentwurf pro 1899 des Reichsantzes des Finanz- und des Kultusministers darf eine entsprechende Forderung enthalten. Auch auf anderen Gebieten darf jener Etat Neuerforderungen für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke aufweisen, so zu einem Abdruckswerke über die Sizilianische Kapelle in Rom, zur Förderung der geographischen Wissenschaft, zur Erforschung der Krankheiten landwirtschaftlicher Nutztiere. Auch wird die neugebildete geologische Abteilung im Reichsgeodäsieamt im neuen Voranschlag in Erachtung treten.

Der Kalibaron und Batschundbesitzer Graf Douglas ist vom Kaiser zum Mitgliede des Kolonialrates ernannt worden.

Die Reichstagswahl in Königsberg-Band-Gischhausen soll noch ein Nachspiel haben. Bekanntlich waren hier zwei konservative Kandidaten aufgestellt, der extrem-agrarische Graf Dohna-Wundlade und der wild-konservative Graf Dönhoff-Friedrichstein. Der letztere kam in die Stichwahl und siegte dann über den Sozialdemokraten. Die Wut über diesen Erfolg des handelsvertragstreuen Friedrichsteiner hatte dem konservativen ostpreußischen Organ, der Ostpreußischen Zeitung, Anlaß gegeben, von Wahlbeeinflussung zu sprechen, deren

sich der konservative Landrat des Kreises, Frhr. v. Hüllessel, angeblich sollte haben zu schulden kommen lassen, und zwar zu Gunsten des Grafen Dönhoff-Friedrichstein. Es waren sogar über die Art dieser angeblichen Wahlbeeinflussungen bestimmte Angaben gemacht worden, die von unserem Königsberger Organ, der Volksstimme, und der Deutschen Tageszeitung übernommen wurden und als Material für die Anfechtung der Wahl verwandt werden sollten. Der Landrat des Kreises Königsberg hat nunmehr gegen die Deutsche Tageszeitung, ebenso gegen die konservative Ostpreußische Zeitung und die sozialdemokratische Volksstimme in Königsberg Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, da an der ganzen Darstellung kein wahres Wort sei. Frhr. v. Hüllessel war Jahrzehntelang im Vorstand des ostpreußischen konservativen Vereins, und es gehört wohl zu den Seltenheiten, daß konservative Organe wegen Beleidigung konservativer Landräte vor den Strafrichter citiert werden.

Das Centrum hat für die bevorstehende Erstwahl zum Reichstag im Wahlkreis Kreuznach-Simmern den Rittergutsbesitzer Puricelli aufgestellt.

Zu der Denkschrift des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund in Sachen der Arbeiterschutzkosten schreibt die Soziale Praxis:

Nach unserer Überzeugung bleibt es im Gegenteil keine wirtschaftliche Belämpfung der Sozialdemokratie als durch Gewährung berechtigter Forderungen der Arbeiter, und daß das Verlangen nach Einstellung von Arbeiterschutzberatern in den Aussichtsdienst gute Gründe für sich hat, ist vom Handelsminister ebenso wie im Abgeordnetenkabinett ausdrücklich bestätigt worden. Warum aber der deutsche Bergmann weniger Kenntnisse und weniger moralische Fertigkeit haben soll, als die Bergarbeiter in Frankreich, Belgien und England, wo ihre Vertrauensmänner mit Nutzen und Erfolg im Aussichtsdienst mitarbeiten, vermögen wir nicht einzusehen.

Und der offizielle Hamburger Korrespondent schreibt:

Wenn man auch zugeben muß, daß manche berechtigten Bedenken in dieser Denkschrift geltend gemacht werden, so kann man der Eingabe doch den Vorwurf der Einseitigkeit nicht ersparen. Die Befürchtungen, die man an die von dem Minister geplanten Maßnahmen knüpft, scheinen unbegründet, und auch die Erfahrungen, die man in den anderen Ländern gemacht hat, geben dazu vorerst noch keinen Anlaß. Man reicht zu sehr mit Möglichkeiten, die eventuell eintreten könnten. Gewiß ist die Gefahr des Missbrauchs einer derartigen Institution seitens der Arbeiter und vor allen Dingen seitens sozialistischer Agitatoren nicht ausgeschlossen, aber es heißt doch daß das Kind mit dem Bade ausschlüttet, wenn man auf Grund bloßer Befürchtungen eine Reform, die anderswo, so viel bis jetzt bekannt, mit gutem Erfolg durchgeführt ist, verhindern will. Ebenso steht es mit den politischen Bedenken. Unserer Ansicht nach ist es ein verschlechter Standpunkt, wenn man Arbeiterschutzberatern aus dem Grunde bekämpfen will, weil sie auch von den Sozialdemokraten aufgestellt werden. Auch nicht sozialdemokratische Bergarbeiter wünschten die Grubenaufsicht durch Arbeiterversetzer, und man würde im Gegenteil der Sozialdemokratie nur neuen Agitationsstoff zuführen, wenn man sich solcher "politischen Bedenken" wegen nicht dazu verstellen wollte, Arbeiterschutz auf ihre Begründung hin ernsthaft zu prüfen.

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier: "Auf die frivole Kundgebung der Ruhrgrubenbesitzer wird der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenerbeiterverbandes mit einer Gegenchrist antworten. Darin werden die „technischen Bedenken“, der Kapitalisten gegen die Anstellung von Arbeiterschutzberatern in ihrer ganzen Hohlheit beleuchtet; den „politischen Bedenken“ wird die Leitung des Arbeiterverbandes entgegengestellte Nachweise über die berechtigte Furcht der Unternehmer vor der Aufdeckung der Grubenniederstände. Diese Gegenchrist wird ebenfalls dem Herrn Bergwerksminister Breslau überreicht und in der nächsten Nummer der Deutschen Berg- und Hüttenerbeiterzeitung veröffentlicht werden."

Über die Drucklegung der Bismarckmemoiren weiß eine Stuttgart Korrespondenz noch zu vermelden, daß Kommerzienrat Ad. Kröner von der Union kurze Zeit nach dem Tode Bismarcks sich einige Tage in Friedrichsruh aufgehalten hat, um mit den Familienangehörigen das Nähere über die Veröffentlichung des Werkes zu besprechen. Wie es heißt, soll die erste Auflage aus 200000 Exemplaren bestehen, es seien alle nötigen Vorlehrungen bezüglich der gleichzeitigen Veröffentlichung in fremden Sprachen schon getroffen. Die Schwäbische Tagwacht erfährt noch, daß der erste Band des Werkes 36 Bogen stark wird, von denen sich gegenwärtig je vier Korrekturabzüge in Berlin zur "Censur" befinden.

Ein Ministervortragsblatt soll Kaiser Wilhelm II. kurze Zeit nach der Entlassung des Fürsten Bismarck dem Abgeordneten Windthorst angeboten haben. Der Pfälz. Volksbote schreibt nämlich:

Kurze Zeit nach der Entlassung des Fürsten Bismarck ließ Seine Majestät, der jetzt regierende Kaiser Wilhelm II., bei unserm ehemaligen Centrumsführer Dr. Windthorst sondieren, ob er nicht zur Übernahme eines preußischen Ministeriums bereit sei. Seine Majestät stellte sogar Windthorst, dessen diplomatisches Genie und parlamentarische Gewandtheit, wie dieses Wissen und langjährige Erfahrung der Kaiser sich offenbar sichern wollte, die Wahl frei, welches Ministerium (???) D. R. ihm am geeignetesten sei. Windthorst brachte sich nicht lange zu besinnen, er erklärte dem Mittelsmann des Kaisers: "Der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers sei für ihn zwar durchaus ehrenvoll, und er bitte Seine Majestät, an seiner (Windthorsts) deutschen und patriotischen Gesinnung nicht zu zweifeln; aber er glaube, Deutschland, dem deutschen Volke und der katholischen Kirche als Führer des katholischen Volkes und der Centrumstraktion im Reichstage und im preußischen Landtag mehr nützen zu können, denn als preußischer Minister.

Die Germania gibt die Nachricht unter allem Vorbehalt und überläßt dem Pfälz. Volksboten die Verantwortung dafür. Bekannt ist nur, daß Windthorst es war, der zuerst den Grafen Caprivi als einen geeigneten Nachfolger für den Reichskanzler Fürsten Bismarck in engeren Kreisen bezeichnete, und zwar nicht lange ehe Caprivi auf den Kanzlerposten berufen worden ist.

Aus Thielens Reiche. Am 9. September vor. J. stieß der von Oberberg nach Freienwalde gehende Personenzug auf einen dort rangierenden Güterzug, wobei außer einem bedeutenden Materialschaden ein Fahrgäst einen schweren Schenkelbruch erlitt. Die Eisenbahnverwaltung und die Anstaltsbehörde machen den Führer des Personenzuges, den geprüften Beamten Hardell, für den Unfall verantwortlich. Sechs Stationsbeamte befundenen nämlich übereinstimmend, daß das Abschlußsignal auf "Halt" gestanden habe, während der Angeklagte mit aller Bestimmtheit behauptete, daß sowohl das Vor- als Hauptsignal auf "Einfahrt" gestanden hätten. In beitreff des Vorsignals wurde vor dem Orlauergericht zu Eberswalde die Angabe des Angeklagten von

einem Beamten bestätigt. Der Verteidiger hatte acht Zeugen ins Feld geführt, die eine große Reihe von Vorfällen beruheten, aus denen hervorging, daß durch geringe Manipulationen an den Blockapparaten seitens der bedienenden Beamten das Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Stationsblock einerseits und den Signalen und den Weichen andererseits gehoben worden war. Die Ausführung aller dieser Fälle würde zu weit führen; nachfolgender Fall möge genügen: Am 22. Januar d. J. war auf dem Bahnhof Charlottenburg für den Spandauer Vorortzug Ausfahrt und gleichzeitig für den Potsdamer Vorortzug, der das Gleise des ersten kreuzen sollte, Einfahrt gegeben, was nach den Blockeinrichtungen zur Unmöglichkeit gehoben soll. Zum Glück war die Weiche für den Potsdamer Zug noch rechtzeitig umgestellt worden. Diese Ungehörigkeit wurde durch vier Zeugen eindlich erhört. Unter diesen Umständen erzielte der Verteidiger ein freisprechendes Urteil, während der Staatsanwalt vier Wochen Gefängnis beantragt hatte. Es wird nun Aufgabe der Eisenbahnverwaltung sein, den erwähnten unfälligen Umständen näher zu treten.

Zum Thema: Stempelfixus und Versammlungsrecht bemerkte die amtliche Berliner Korrespondenz: "In verschiedenen Tagesblättern findet sich die Mitteilung, daß der Finanzminister in einer Verfügung an die Polizeiverwaltung zu Preußen die Bescheinigungen der Polizeibehörden über die erfolgte Annahme von Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten für stempelpflichtig erklärt habe und an dieser Stempelpflicht noch jetzt festhalte. Beides ist unrichtig. In der Verfügung des Finanzministers an die Polizeiverwaltung zu Preußen vom 20. Mai 1898 ist bestimmt ausgesprochen, daß die erwähnten Bescheinigungen keines Stempels bedürfen. Als dem Finanzminister dann bekannt wurde, daß die gedachte Verfügung von nachgeordneten Behörden unrichtig aufgefaßt und für jene Bescheinigungen in gewissen Fällen noch der Stempel verlangt werde, hat er nochmals dem Provinzialsteuerdirektor eröffnet, daß die erwähnten Bescheinigungen unter allen Umständen stempelfrei und die dafür etwa eingezogenen Stempel baldigst zu erstatte seien."

Trotzdem aber konnten wir erst vor wenigen Tagen ein neues Miquelisches Stempelabenteuer aus Wittenberge berichten. Was bedeuten denn diese verlegenen kindischen Ablehnungsversuche gegenüber den Thatsachen? Mit diesen Finten locken die Miqueloffiziellen keinen Hund hinterm Ofen vor.

"Germanisation" der Apotheker. Den Apothekern, die in diesem Jahre eine neue Konzession nachsuchen, ist nach dem polnischen Blatte Dziennik in Posen die Verpflichtung aufgelegt worden, im Falle der Erteilung der Konzession sich nur der deutschen Apothekersfirma zu bedienen, bzw. die Anbringung einer solchen, sei es außerhalb, sei es innerhalb der Apotheke, jedoch an einem von außen zu schenden Platz zu veranlassen. Im Falle der Übertretung dieser Verpflichtung hat der Apotheker eine Konventionalstrafe von 100 Mark an die Regierungshauptkasse zu zahlen. Der Wortlaut dieser Verpflichtung wird im Dziennik mitgeteilt.

Apotheken eignen sich unter einer zwiesprachigen Bevölkerung, und gar an Orten, wo die breite Volksmasse polnischer Bunge ist, am allerwenigsten zu einer derartigen Bevorzugung der deutschen Sprache. Wie will man es rechtfertigen, wenn infolgedessen Kraute oder Hilfesuchende polnischer Bunge, denen die deutsche Apothekersfirma nicht geläufig ist, in der Auffindung einer Apotheke Schwierigkeiten begegnen?

Versteigen sich die Kandidaten Jobe der Polenpolitik bereits zu solchen Genialitäten?

Wie Landwehrleute in Glogau behandelt werden. Der Niederschlesische Anzeiger knüpft an die von uns mitgeteilte Bestrafung des Unteroffiziers Walter die Hoffnung, daß auch nachstehender, dem genannten Blatte berichteter Fall ebenso schnell in befehliger Weise erledigt werde. Ein Hauptmann des in Glogau garnisonierenden 58. Infanterie-Regiments hatte in der Zeit vom 28. Juni bis zum 11. Juli eine Landwehr-Compagnie im Lärchenberger Lager kommandiert und hatte sich dabei gegen die Landwehrleute Übergriffe erlaubt, die sich zum größten Teile der Wiedergabe in der Dörflichkeit entzogen. Jedenfalls ist aber die Sache ebenfalls beim Generalkommando des V. Armeecorps anhängig gemacht worden, und es ist Vorsorge getroffen worden, daß die neueste Methode, Sozialdemokraten zu züchten, im Reichstage gebührend zur Sprache gebracht wird. "Lumpengesindel", "Dummegrüne Jungen", "Bauerengesindel", "Lumpenpact", "Bengel", "Dumme Durchreisende" sind noch die mildesten Ausdrücke, mit denen der Hauptmann die Landwehrleute regalierte. Wir erwähnen noch folgende Kraftausdrücke: "Das will die sogenannte Landwehr sein? Eine zusammengekauzte Rotte ist es." "Wenn ich heute im Falle einer Mobilisierung diese Landwehr-Compagnie übernehmen sollte, dann würde ich lieber meinen Abreise und mich pensionieren lassen." Und wenn ihr alle Schwindsucht kriegt, das ist mir ganz egal."

Die Landwehrunteroffiziere erhielten folgende Instruktion: "Meine Herren, ziehen Sie die Bütte aufeinander und drücken Sie die Gesellschaft, daß ihr hinaufgeht wird." "Wenn ich sehe, daß die Landwehrunteroffiziere faul sind, schneide ich ihnen die Bänder (Tressen) ab." Für uns Glogauer wird jedenfalls das folgende von dem Herrn Hauptmann über die Stadt Glogau den Landwehrleuten gegenüber abgegebene Urteil von besonderem Interesse sein: "Eine so geistig beschrankte und zurückgebliebene Stadt wie Glogau habe ich noch nicht kennen gelernt." Diese Ausdrücke sind die allermeistesten, eine große Zahl unerhörter Beleidigungen der Landwehrleute entziehen sich der öffentlichen Wiedergabe. Jedenfalls, so bemerkt das Blatt, erachten wir es für die Pflicht der unabhängigen Presse, derartige Übergriffe eines Offiziers gegenüber den seinem Kommando unterstellten Soldaten öffentlich zu brandmarken. Das deutsche Volk darf es sich nie und nimmer gefallen lassen, daß seinen Söhnen, die die allgemeine Wehrpflicht zu erfüllen haben, eine derartige Behandlung zu teilen wird."

Braunschweig, 18. August. Der Braunschweiger Landtag, der bis zum 10. November verlängert worden war, ist zur Beschlusssitzung über die Verwertung der staatlichen Kali-Lager zum 6. September einberufen worden.

* Aus Nordschleswig, 18. August. Zu allgewohnter Praxis hat die Königliche Regierung wieder einmal zwei Personen ausgewiesen, den Hosbesitzer Jens Christensen und den Knecht Henrik Friis. Nach den dänischen Blättern sind politische Gründe maßgebend gewesen. Die betreffenden sollen dänische Versammlungen besucht haben. Offiziell lautet die Begründung: "Weil lästig gefallen."

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Sonnabend den 20. August abends halb 9 Uhr

Holzarbeiter-Versammlung

im Saale des Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die sächsische Berufsgesetzesnovelle und die Arbeiter-Organisationen. Referent: Reichstagabgeordneter F. Geyer. 2. Die Lohnbewegung der Möbelstischler. 3. Gewerkschaftliches. Es werden die Kollegen erlaubt, pünktlich und recht zahlreich zu erscheinen.

Das Agitationsskomitee.

Sozialdemokrat. Verein L.-Ostbezirk.

Sonntag den 21. August

Grosses Sommerfest

in sämtlichen Räumen des Gasthofes zu Stünz.

Von nachmittags 3 Uhr an.

Konzert von 2 Musikkapellen sowie Gesellschaftsspiele für Herren, Damen und Kinder, Prämienauskugeln, Tombola u. s. w.

— Abends BALL in beiden Sälen. —

Karten, die zum Eintritt berechtigen, sind vorher von den Vorstands- und Festkomiteemitgliedern zu entnehmen.

Am Sonnabend abend werden in folgenden Lokalen Eintrittskarten durch Vorstandsmitglieder verausgabt:

Sellerhausen: Restaurant Telemann, Schützenhausstr. — Reudnitz: Restaurant Schöder, Kronprinzstr. 6. — Volkmarisdorf: Restaurant Sanow, Nataillonstr. 12. — Anger: Restaurant Markgraf, Bernhardstr. u. Restaurant Oehme, Karlstr. — Neustadt: Restaurant Goldener Löwe, Marktstr. — Neuschönfeld: Restaurant Kilbel, Ecke Rosen- u. Klarastr.

Zu reicher Beteiligung laden ein

Das Festkomitee.

Einzelmitglieder des Gläserverbandes.

Sonnabend den 20. August abends 1/2 Uhr

Öffentliche Versammlung in der Flora.

Tagesordnung: Vortrag von Herrn Emil Klossch über: Central- und

Sozialorganisation.

Pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

D. G.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler

u. a. gewerbli. Arbeiter in Hamburg (E. H.). Zahlstelle Lindenau.

Sonnabend den 20. August abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Erholung. D. G.: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung der Frauen-Sterbekasse in Hamburg. 2. Beratung der neuen Statuten. 3. Beratung der Oeffnungszeit.

Die Oeffnungszeit.

Achtung, Bauhandarbeiter!

Sonntag den 21. August vormittags 1/2 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Goldenen Ring, Leipzig, Nikolaistraße.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Abrechnung vom 2. Quartal.

2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Gewerkschaftliches.

NB. Erüchtigt alle Kollegen, welche noch Gewerkschaftskarten und Sommerfestprogramme abzurechnen haben, dies in dieser Versammlung zu thun; ebenso hat jeder Kollege sein Statthalterbuch abzugeben.

Maschinisten und Heizer.

Sonntag den 21. August nachmittags 3 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Restaurant Spieß, Seeburgstr.

Tagesordnung: 1. Unsere Arbeits- und Lohnverhältnisse im allgemeinen.

2. Gewerkschaftliches. 3. Berufsumschau.

Das Erscheinen aller erwartet

D. G.

Former und Berufsgenossen.

Sonntag den 21. August vormittags 1/2 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Die allgemeine Arbeiterbewegung und die Former.

Referent: Kollege Ernst Grenz. 2. Bericht des Agitationsskomites über die stattgefundenen Wertstellenversammlungen und Wertstellenangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches.

Nicht zahlreichen Besuch erwartet

Das Agitationsskomitee.

Radfahrverein Frisch auf.

Mitgl. des A.-H.-B. Sonntag mittag

Solidarität. 1/2 Uhr nach

Delitzsch. Bei ungünstiger Witterung 2 Uhr 20 Min. per Bahn. D. G.

Central-Kranken- und Sterbekasse

der Tischler (Zahlstelle Lindenau).

Sonntag den 21. August 1898

im Goldenen Adler, Lindenau, Angerstr. 41

Großes Sommerfest

verbunden mit Konzert, Ball, Verlosung, Belohnung für Kinder u. z.

Gewinnerziehung zum Vorteile des Invalidenfonds.

D. G.

Sommerfest des Gesangvereins „Lyra“.

Gemeinde-Verein Lindenthal.

Sonntag den 21. August im Gasthof zu Stahmeln 1898

Großes Sommerfest

verbunden mit Konzert und Ball.

Anfang nachm. 3 Uhr. Hierzu lädt ergebenst ein

Berantwortlicher Redakteur: Dr. G. Margenhofer in Coburg. — Druck und Verlag: Buchbauer und Bandgauß der Leipziger Volkszeitung. G. Heinrich in Leipzig.

Drogerie Rotes Kreuz

Volkmarisdorf

empfiehlt streichfertige Wands- u. Fußboden-Garben, Möbelläste, Blatt, Badefalte u. techn. Drogen, Artikel zur Krankenpflege. [7578]

Kräutergetränke von Bruno Jahn
Elisabethstrasse 23
vis-à-vis Rühl's Brauerei.

Otto Wedermann

L.-Reudnitz

58 Kreuzstraße 58.
Spezial-Geschäft von Fabrikaten von
A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld
empfiehlt

Allerfeinste Margarine

im Geschmack, Mürbewei, Aroma
gleich guter Butter
à Pfd. 70 Pf.

Masse II: à Pfd. 60 Pf.
III: à Pfd. 50 Pf.

Gebrannter Kaffee

à Pfd. 1.— Mk., 1.20 Mk.

und 1.40 Mk.
Garantiert reines

Schweinedimpföl

à Pfd. 60 Pf.

Mohren-Kakao
garantiert rein für Kinder und
schwächliche Personen zu empfehlen
à Pfd. 1.80 Mk.

Mohren-Kaffee

bestehend aus einer Mischung von
seinem Kaffee-Kaffee und bestem
Kaffee-Erzähnittel
à Pfd. 60 Pf.



Strassburger Hutbazar

Grimmischer Steinweg 15
Windmühlenstraße 24
Petersteinweg 3.

Specialität: 2.80 Hüte.

Mützen. Schirme.

Verlangen Sie

überall nur den allein echten

Globus-Putz-Extrakt

wie diese Abbildung



da viele wertlose

Nachahmungen

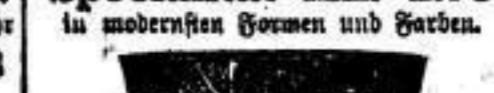
angeboten werden. [7196]

Fritz Schulz jun., Leipzig.

Erfinder des Putzextrakt.

Globus-Putz-Extrakt

zu modernen Formen und Farben.



Ig. Stenzer, Hutfabrik

Reudnitz-Thonberg, Reitzenhainer Str. 23.

Regenschirme u. Schirme.

G. Heinrich in Leipzig.

Neueste Erfahrung.

Nur nicht mit

Firmen u. Gilden.

in röhren Strasse.

Bestes Putzmittel der Welt!

Globus-Putz-Extrakt

1. Beilage zu Nr. 191 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 19. August 1898.

Die spanische Kolonialpolitik.

Von Otto Hörrth.*

Spanien steht auf dem Punkte, seine letzten Kolonien zu verlieren und endgültig aus den Reihen der Kolonialmächte zu scheiden. Da Spanien die erste und größte Kolonialmacht Europas gewesen ist, so lohnt es sich schon, einen Blick auf die Besonderheit der spanischen Kolonialpolitik zu werfen. Wer sie kennt, der wird manche Dinge, die er in diesen Tagen miterlebt hat, begreiflich finden.

Es war kein Spanier, sondern ein Genueser, der Amerika entdeckte und den Grund zu dem riesigen Kolonialreich legte. Eigentlich hätte Kolumbus als Heer verbrannt werden sollen, weil er durch seine Entdeckung die Kugelfestigkeit der Erde bewies, von der die damalige Theologie nichts wissen wollte; aber da er zugleich neue Weltteile mit Menschen entdeckte, so sah man ihm die Sache gnädig nach; man erblickte in der Entdeckung eine Belohnung des Himmels für die Verfolgung der Juden und Mauren und schätzte sich an, in der neuen Welt das Reich Gottes und der Inquisition zu verbreiten. Sobald Kolumbus zum erstenmal auf Cuba landete, begann auch schon die Ausrottung der Eingeborenen. Lopez de Gamara erzählte, daß die Spanier Wörte fanden, in denen die Eingeborenen ihre Lebensmittel aufbewahrten: Krabben, Schnecken, Grillen und Heuschrecken. Es schauderte die Spanier; derlei Dinge zu essen, war ein Verbrechen, und daraus folgerte Gamara, daß die Spanier das Recht hätten, die Eingeborenen zu Sklaven zu machen. Die Indianer rachteten außerdem Cabal und trugen den Bart gar nicht nach Art der Spanier! Die spanischen Theologen prüften daher ernstlich die Frage, ob die Eingeborenen eine Seele, eine halbe Seele oder gar keine Seele hätten. Schließlich gestand man ihnen eine Seele zu. Das war ein großes Unglück für sie. Denn jetzt mußte man sie doch bekehren, um ihre Seelen vor der Hölle zu bewahren. Die Eingeborenen mußten also für die raubtierigen Spanier in den Minen arbeiten, während sie andererseits dem Schutz der geistlichen Behörden unterstanden, die mit Kraft und Nachdruck an ihrer Pfehlung arbeiteten.

Auf dem Papier gab es allerdings Schutzmaßregeln für die Eingeborenen. Der Indianer unter 18 Jahren sollte z. B. keine Lasten tragen. Aber die Spanier kümmerten sich um diese Vorschriften einschließlich nicht. Überhaupt fehlte es in der spanischen Kolonialpolitik nicht an guten Verordnungen; der Fehler ist nur, daß sie nicht befolgt wurden, und daß die schlechten Verordnungen die guten überwogen. Das Entscheidende ist die Praxis und diese war immer greulich; die Habgier und Grausamkeit der Spanier kounten nicht eingedämmt werden, selbst wenn man es aufrichtiger, als es der Fall war, gewollt hätte. Die Könige betrachteten die Kolonien, als ihr persönliches Eigentum, ihnen gehörten alle Edelmetalle, kostbaren Steine und Hölzer. Nur Spanier hatten Antritt zu den Kolonien, deren Handel und Verkehr vollständig monopolisiert wurde. Die Regierung errichtete im Jahre 1503 in Sevilla ein Geschäftshaus mit königlichen Beamten, die sagen Casso do contratacion; an dieses Haus mußten alle für die Kolonien bestimmten Waren abgeliefert werden; das Haus besorgte die Waren auf besonderen Schiffen nach den Kolonien und jedes von dort kommende Schiff mußte seine Waren an das Königliche Geschäftshaus abliefern. Später wurde diese Geschäftsstelle nach Cadiz verlegt, aber der Handel mit den Kolonien blieb immer noch Monopol.

Die Eingeborenen von Westindien waren gutmütig und sanft; Kolumbus selbst stellte ihnen das Benguis ans, es gäbe auf der ganzen Welt keine besseren Menschen; sie liebten ihre Nachsten wie sich selbst, hätten die sanfteste Art, sich verständlich zu machen und hätten immer für jedermann ein Lächeln bereit. Das wurde bald anders. Kolumbus baute eine Festung, und ließ, als er abreiste, eine kleine spanische Kolonie zurück. Als er wieder kam, war die Kolonie verschwunden; die Spanier hatten die Eingeborenen so mißhandelt, daß diese nicht anders sich zu helfen wußten, als daß sie die frechen Einbrüderlinge alle erübrachten. Das nützte ihnen aber nichts, denn die Spanier kamen in immer größeren Massen. Wie sie es mit der Befehlung hielten, das hat Robertson in seiner Geschichte Amerikas eingehend geschildert. Ging es nicht mit der Predigt, so ging es mit Feuer und Schwert. Die Spanier trugen das Kreuz auf ihrer Fahne und

* In der Frankfurter Zeitung hat Otto Hörrth diesen trefflichen Aufsatz veröffentlicht, den wir unseren Lesern ausschließlich empfehlen.

folgten dem Beispiel der biblischen Helden Moses und Joshua; sie mordeten Männer, Frauen und Kinder ohne Unterschied. Sie brieten die Indianer auf dem Platz und zückten Bluthunde, die den Flüchtigen nachsetzen und sie in Stücke rissen. Viele Eingeborenen wurden in Reihen von je dreizehn zu Ehren Christi und der zwölf Apostel aufgehängt und lebendig verbrannt. Nach den Aufzeichnungen des Priesters Las Casas, der Augenzeuge war, wurden auf Cuba „solche Grenze verübt, wie ein Lebender noch nie gesehen hat und nie wieder sehen wird“. Las Casas erzählt, daß er in drei Monaten sechstausend Kinder elend umkommen sah, weil man sie von ihren Eltern trennte, die in den Bergwerken arbeiten mußten. Die Eingeborenen begingen massenhaft Selbstmord, um auf diese Weise ihrem furchtbaren Schicksal zu entgehen. So bewirkten es die Spanier, daß die Einwohnerzahl von Haiti in fünfzehn Jahren von einer Million auf 60000 zusammenstürzte; in Nicaragua wurden 50000 Eingeborene erschlagen und eine halbe Million als Sklaven verkauft. In Mexiko wurden vier Millionen dahingefolgt; in Honduras zwei Millionen, in Guatemala vier Millionen, in Peru und Paraguay ungezählte Millionen. In 38 Jahren allein wurden, wie Baumgarten aus den Akten des Indischen Archivs nachweist, zwölf Millionen Menschen vernichtet. Was nicht den Mörder erlag, wurde in die Sklaverei verlaufen; die Verlaufenen wurden zuvor sorgfältig getauft. Gowilt erzählt, man habe die Eingeborenen oft getauft und ihnen dann die Kleider abgeschnitten, damit sie auf diese Weise nicht rücksäßig werden könnten und um so sicherer in den Himmel lämen.

Eine besonders wirksame Einrichtung waren die „Ripartimientos“, die Zuteilung der Eingeborenen. Diese Einrichtung bestand darin, daß die vorhandenen Eingeborenen an die spanischen Ansiedler systematisch verteilt wurden. Jeder spanische Ansiedler erhielt nämlich nicht bloß Land, sondern auch eine Anzahl Indianer zur Ausbeutung. Er übernahm die Verpflichtung, sie zu Christen zu machen, und dafür durfte er sie für sich arbeiten lassen. Seiner Verpflichtung kam er in der Weise nach, daß er die Indianer das Kreuzzeichen machen, das Ave Maria beten u. dergl. lehrte. Das geschah so oberflächlich, daß Las Casas sagt, die Indianer wußten nicht einmal, ob die Worte des Ave einen Stein, einen Rock oder etwas zum Essen bedeuteten. Desto gründlicher übten die spanischen Ansiedler ihre Rechte, so gründlich, daß die armen, an schweren Arbeiten nicht gewohnten Eingeborenen durch Arbeitsüberbürdung, Nahrungsmangel und Misshandlungen zu Grunde gingen. Das war dem spanischen Herrn ziemlich gleichgültig, hatte er keine Sklaven mehr, so kam er andere; es gab ja Indianer genug. Um aber die Sache einigermaßen zu regeln, schritt man zu jener systematischen Verteilung, zu den „Ripartimientos“. Eine solche Verteilung beschreibt Las Casas aus eigener Erfahrung folgendermaßen: „Wenn eine Indianer-Verteilung an spanische Großerer oder Beamté stattfinden soll, so werden die Bewohner einer und derselben Ortschaft in einem Pferch zusammengetrieben, in Auseinandersetzungen von zehn, fünfzig und mehr Individuen aufgestellt, und an diejenigen, welche deren wünschen, verlost. Da sieht man dann, daß Mann, Frau und Kinder getrennt werden und, verschiedenen Bestimmungen überwiesen, der Hoffnung, sich jemals wieder zu sehen, beraubt sind. Die einen werden als Eigentümer an hundert bis zweihundert Meilen entfernter Ortschaften geschickt, aus denen sie nicht wiederkommen; andere müssen in Minen für ihre Herren arbeiten oder werden zeitweise an Spekulanten vermietet, die sich ihrer als Pachtiers bedienen.“ Man sieht aus dieser Anekdote, daß auch die Beamten ihre Sklaven hatten; ja Baumgarten berichtet in seiner „Geschichte Karls V.“, daß Mitglieder des Rates für Indien, der Präsident Bischof Fonseca von Burgos voran, ihren Haufen Indianer haben wollten. Dazu kam, daß schon die Königin Isabella Verbrecher aus den spanischen Kerkern nach Westindien schickte; nun strömte der Abschluß der spanischen Gesellschaft in die Kolonien, so daß man, wie Baumgarten berichtet, schon im Jahre 1517 auf San Domingo sagte, die infamste Sorte Menschen, von der man je gehört, habe sich in den Kolonien niedergelassen. Eben in diesem Jahre war die Ausrottung der Indianer auf den Inseln so ziemlich vollendet. Die Spanier ließen sich dadurch nicht ansiehen; sie gingen auf das Festland

* Wir entnehmen diese und einige andere Einzelheiten einem interessanten Aufsatz, den der Verner Professor Dr. Philipp Woer unter der Überschrift: „Wie haben die Spanier ihre Kolonien behandelt?“ fürstlich in der Wiener Wochenschrift: Die Zeit auf Grund eingehender Quellenstudien veröffentlicht hat.

und setzten dort dasselbe Verfahren in vergrößertem Maßstab fort. Die Bevölkerung des amerikanischen Festlandes war freilich zahlreicher und widerstandsfähiger als die Bevölkerung der Inseln, deshalb gelang die gänzliche Ausrottung nicht. Über die Grausamkeit und die Ausbeutung war überall dieselbe.

Die Geistlichkeit half nach Kräften mit. Sich befahlen oder sterben, daß war der Grundsatz, nach dem die Eingeborenen behandelt wurden. Die Geistlichkeit nahm dabei enorm zu. Am Ende des 16. Jahrhunderts zählte man in Neupanam 400 Klöster. Die Klosterleute hielten im Jahre 1621 in den spanischen Kolonien 22 Provinzen mit 500 Klöstern. Philipp III. bemerkte in einem Briece an den Vicedomingo von Peru, daß der Flächenraum, den die Klöster in Lima einnahmen, größer war, als der Flächeninhalt der ganzen Stadt. Im Jahre 1644 beklagte sich die Stadt Mexico über die große Zahl der Klöster und erklärte, es gäbe mehr als 6000 Geistliche ohne Pfründen. Einzelnen Orden genügte es nicht, ihre Untergebenen zu beschaffen; sie mußten auch Belehrte von auswärts haben. Paul Marçay in seinem Buche: Voyago en Amerique du Sud erzählt, wie es die Jesuiten in Peru machten. Sie belasteten ihre Böllinge mit schwerer Arbeit, nährten sie schlecht und peitschten sie viel, weßhalb die armen Träufe wie die Mücken dahinstarben. Um die Löcher auszufüllen und ihre christliche Bevölkerung komplett zu halten, schickten die Jesuiten Ordensangehörige und Soldaten an die Ufer des Amazonenstroms und in die Missionen ihrer Religionsgenossen und Rivalen in Brasilien. Die geschickten Patres nahmen die Einwohner zum Belehrten mit nach Peru und die Soldaten plünderten und verbrannten die verlassenen Hütten.

Über den Grundsatz, nach dem die Spanier bei der Belehrung der Indianer verfuhrten, sagt Prescott: „Man ließ keinen Zweifel auftreten an der Wirkamkeit der Befehlung, möchte der Wechsel noch so plötzlich und das Mittel noch so gewaltsam sein. Das Schwert war ein gutes Argument, wo die Sprache ihren Zweck versetzte. Der spanische Ritter mußte sich mit einer hohen Mission betraut; er betrachtete sich als einen Krieger des Kreuzes und ihm war das ein heiliger Krieg, denn er stand in Waffen gegen Ungläubige. Wenn er nicht für die Seelen der Feinde Sorge trug, so gefährdet er seine eigene Seele. Die Belehrung einer einzigen Seele deckte eine Menge von Sünden. Den Spanier kümmerte die Moral nicht; es war ihm nur um den Glauben zu thun.“ Im Anhang seiner Geschichte Amerikas glebt Robertson die Überzeugung einer Botschaft, die ein spanischer Priester an einen Indianerkämpfling richtete; sie lautet wie folgt: „Es ist nur ein Gott, bestehend aus Vater, Sohn und hl. Geist. Es gibt nur eine wahre Religion, nämlich die der römisch-katholischen Kirche. Das Haupt dieser Kirche ist der Papst zu Rom, der Stellvertreter Gottes auf Erden. Er hat sein Amt von Petrus erweitert, dem es zuerst übertragen wurde. Dieser mächtige Papst hat alle Vänder in diesem Weltteil dem König von Spanien übergeben, und wir sind gekommen, um davon Besitz zu ergreifen. Wenn du dich stützt und die heilige römisch-katholische Religion annimmt, dann wird der König von Spanien dich als seinen guten Untertan betrachten und als solchen behandeln. Wenn du dich aber widerstest und die einzige wahre Religion verschmähest, so werden wir über euch herfallen mit dem Schwert. Eure Weiber und Kinder werden umgebracht und alle Männer, die verschont bleiben, werden in die Sklaverei geschickt.“ Es ist begreiflich, daß die Indianer einer solchen „Religion“ keinen besonderen Geschmack abgewinnen konnten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Frage der Gründung eines sächsischen Centrumsblattes erhalten die Leipziger Neuesten Nachrichten eine Mitteilung aus Bautzen, in der es heißt, daß, als dort das Flugblatt an die Katholiken Sachsen und den Name des Verfassers bekannt geworden sei, man etwas enttäuscht gewesen sei. „Abgesehen davon, daß bei uns Katholiken und Protestanten in bester Harmonie leben, so daß sie sogar gemeinsam ein Gotteshaus, die Petrikirche, benützen, liegt zur Gründung eines solchen Heftes durchaus keine Veranlassung vor. Auch der Name des voraussichtlichen geistigen Leiters dieses Blattes hat eine Enttäuschung gebracht. Wer ist der Eduard Krich, der das vertrauliche Flugblatt unterschrieben hat? Ist es etwa ein herborragender Schriftsteller oder sonst eine Persönlichkeit?

Bu raten ist einem solchen jungen Manne nur, daß er die Buchstaben etwas unregelmäßig zu Papier bringt, damit ihm die Viehste auch glaubt, daß er in Liebe und Sehnsucht ihrer in einem schaukenden Kahn gedenkt.

Wer ernste Gefühle kultiviert, schlägt vielleicht die Abteilung Kunst und Wissenschaft auf, und wenn auf der Karte, die er füllt, gerade ein Turm abgebildet ist, so kann er die nachfolgenden von scharfem Ausschlagsvermögen zeugenden Seiten entlehnen:

Es dienet dieser Turm
Dem kleinen Erbenwurm,
Zu lugen in die Welt,
Ins blaue Himmelzelt.

Man kann wirklich sehr vieles in Straubinger Versen auf Ansichtspostkarten in die Welt hinaus berichten. S. B., daß man der lebte im Wirtshaus ist, daß das Bier gut oder schlecht schmeckt, daß Schellen weh thut, daß man bei großer Hitze schwitzen und daß manchmal der Wein sauer ist. In sehr vielen Formen kann man berichten, daß die Welt schön ist. Manchmal hab ich freilich einige Bedenken. Unter Natur und Vandalen steht folgendes Gedicht:

Der Friede umschmückt das ländliche Dach;
Ums Dorf sich schlängelt ein sprudelnder Bach;
Ringsum erquict balsamische Duft;
Genieße doch auch poetischen Duft.

Das finde ich grausam; denn wenn der mit Straubinger Hilfe also Angeleitete sich bestreift, den „poetischen Duft“ solcher Verse in vollen Zügen zu genießen, so wird ihm sicher übel.

Ein Verspaar kann ich aber allen, die sich mit dem Beschreiben von Ansichtspostkarten abmühen, aufs angenehmste empfehlen; denn es legt Zeugnis ab von rührender Selbsterkenntnis des Schreibers. Es lautet:

Auf kleine Karten schreib' ich, lieber Schwab,
Ist klein der Raum, hat nicht viel Dummes Blaß.

Wer einmal die Ursachen der Ansichtspostkartenmanie am Ende des 19. Jahrhunderts feststellen will, erhält durch diese beiden Verse eine wertvolle Anregung.

— Glos de Merode, die auch für Souveräne berührend, seltsam frisierte Pariser Bajadere, die der König Leopold-Gisberto — bewundert, sang nächstens in Hamburg und Berlin.

Kleine Chronik.

Leipzig, 1. August.

Neues Theater. (Die verkauft Braut von Friedrich Smetana.) Herr Joss Benz vom Stadttheater in Karlsruhe setzte gestern sein Gastspiel als Hans in Smetanas hübscher Volksoper: Die verkauft Braut fort. Auch nach dieser Oper kann ich mein Urteil über den Sänger nur bestätigen; es fehlt ihm, trotz den leicht und mühsellos aber nichts weniger als schön ansprechenden hohen Tönen ziemlich an allem, was zu einem guten Sänger gehört. Die Rolle des Hans tritt in der Verkauften Braut nicht so stark hervor, wie die des Chaperou im Postillon, auch bietet sie dem Sänger weniger Gelegenheit, sich wohlgefällig auf über Gebühr ausgedehnten hohen Noten zu würgen, da sie im ganzen einfacher, schlichter gehalten ist. Aber dennoch verlangt sie mehr eigentlichen Gesangsvortrag als Herr Benz zu bieten im Stande ist und etwas mehr Durchgeistigung, wenn es sich hier auch nur um einen ganz einfachen Charakter handelt. Mit dem einfachen Heraustrompeten der Töne ist es schließlich nicht gethan, besonders wenn diese Töne nicht einmal eben flingen. Auch von charakteristischer Darstellungskunst ist bei Herrn Benz nichts zu föhren; er bleibt der Opernchor mit den stereotypen Bewegungen und den stets freundlich lächelnden Bügeln, welches Gewand er auch anziehe. Er gehört zu jener Art von Opernsängern, die Richard Wagner sein ganzes Leben lang ausführlich bestimmt und die nun endlich einem geläuterteren Geschmack weichen und wenigstens von den Opernäuhern verschwinden sollten, die auf den Namen von Kunstinstituten Anspruch machen. Auch die Marie des Fr. U. Vojo aus Wien kann keineswegs als eine Glanzleistung bezeichnet werden. Das Organ der Sängerin ist flach und in der Mittellage wenig tragfähig. Die hohen Töne werden oft un Schön herausgeschoben und klingen dann scharf. Dem Spiel ist eine gewisse Lebendigkeit nicht abzusprechen, aber es ist oft etwas offiziell. Den Kaval sang und spielte Herr Schelpfer mit alter Frische und mit seinem alten bekannten Humor. Es war die beste Leistung des Abends. Die Befreiung der übrigen Rollen war die gewöhnliche. Nur Fr. Ehofer in der kleinen Rolle der Agnes war neu. In dem Quintett: Noch ein Weilchen, Marie, wurde etwas detoniert.

Herr Kapellmeister Vojo leitete die Oper. Die seingearbeitete lebensprahlende Ouverture wurde sehr hübsch vorgetragen und hätte wohl Applaus verdient. Im übrigen aber schien es mir, als ob

manche Tempi, besonders auch die der Chöre etwas zu lang genommen worden wären, und als ob der ganze Melodienfluss etwas lebendiger ausgefaßt werden sollte. Die Gruppierung und Bewegung der Volksmassen ließ wieder einmal den Mangel jeder einigermaßen verständlichen Regel beseitigen. Wo blieb da das bunte Marktstreben? Auch die paar eingefügten stummen Episoden, wie das Abfangen eines Späßebuben durch den Dorfvaubel und ähnliches machten gar keinen oder einen bestümlichen Eindruck, da sie sich ganz unverständlich vor dem steif stehenden Chor abspielten. Über den Unsan des einschlafernden Tanzes am Schluß der ersten Scene des ersten Aktes habe ich mich schon früher ausgesprochen. Der Chor hat sich hier natürlich mit der entschwindenden Tanzmusik zu entfernen, gerade wie beim Freischütz-Walzer. — Der Auftritt der Städter war dagegen flott und lebendig. Natürlich, Herr Searle wirkte ja als Cirkusdirektor und Kraftmensch und Fr. Osborne berührte den armen Wenzel (Herr Marion) als schöne Esmeralda.

gm. Ansichtspostkartenpoesie. Ist der Unfug der Ansichtspostkartenliebhaber schon arg genug, so droht jetzt der Erwerb einer geschäftiger Verleger, die Plage noch zu verschärfen. Die Ansichtspostkarten haben ja den Vorteil, daß der Absender nur wenig Raum beschreiben kann, und geisteschwache und bequeme Leute, denen es schwer fällt, die Fläche einer Postkarte anständig auszufüllen, wissen diesen Vorteil recht wohl zu schätzen. Jetzt hilft ihnen nun ein freundlicher Mann auch noch um die Mühe herum, das bisschen Raum einer Ansichtspostkarte aus eigenem Vermögen zu füllen. Aus Straubing kommt die Orlse, aus dem Volks- und Jugendschriften-Verlag von Otto Manz. Dort ist ein Buch erschienen: Postkartenegesse, 120 Originaltexte in Reimen zur Abbildung von Ansichtspostkarten.

Das Buch enthält auf 28 Seiten allerhand Reime, nach Rubriken geordnet, so daß jeder sich leicht zurück finden kann. Wenn z. B. ein Verlebster das lebhafte Bedürfnis empfindet, den leeren Raum einer Ansichtspostkarte anständig zu füllen und sein zahlungsstähiges Gehirn besitzt, so schlägt er in dem Straubinger Hilfsbüchlein die Rubrik: Bärthches auf. Wenn er nun ein junger Mann mit schmückstrankem Herzen ist, so wird er sich folgendes Gedicht auswählen:

Wie sich der Kahn mich schaukelt,
Der Mond schwimmt auf dem See.
Und träumerlich umgaulet
Mich dann ein Sehnsuchtsweh.

SLUB
Wir führen Wissen.

von Bedeutung und Ruh? O nein, nichts von alledem; Hirsch war bis vor einigen Jahren Unterbeamter bei einer sächsischen Amtshauptmannschaft, wo er später entlassen wurde. Anfangs dieses Jahres wollte er hier ein Bureau für Rechtsgeschäfte errichten, wozu ihm aber die behördliche Genehmigung verweigert worden ist.

Die Leipz.-Neuest. Nachr. sagen dazu: „Doch wie dem sei: Wir meinen, daß durch die Gründung einer Centrumszeitung für Sachsen nur eine Gefahr geschaffen wird für den konfessionellen Frieden, der in unserem Lande bisher so sorgsam gehütet worden ist.“

Iedenfalls wäre die neue katholische Gründung den Protestanten sehr unbehaglich. Auch die Dresdener Nachrichten brachten dieser Tage an leitender Stelle einen Artikel, in dem sie auf die Gefahr aufmerksam machten, die für die protestantische Bevölkerung in dem Katholizismus liege.

Uns Sozialdemokraten sieht der Streit zwischen Protestantismus und Katholizismus natürlich nicht an.

r. Ein Muster von einer „Arbeitsordnung“ besteht für die ständigen Arbeiter der königlich sächsischen Staatsseisenbahnen in Dresden. Bündlich bestimmt § 3 über die Annahme solcher Arbeiter: „Wer als ständiger Arbeiter angenommen werden soll, darf nicht unter 16 und nicht über 25 Jahre alt sein. Es muß . . . nach seinem Vorleben würdig erscheinen (1), unter die ständigen Arbeiter der Staatsseisenbahnverwaltung aufgenommen zu werden. Auf Erfordern hat er dies durch schriftliche Bezeugnisse nachzuweisen (1), welche auf die Dauer seiner Beschäftigung bei der Dienststelle verbleiben.“ Es ist dann weiter gefragt, daß Arbeiter, die „strafweise“ entlassen wurden, oder ohne Kündigung die Arbeit verlassen, nicht wieder angenommen werden. Über Ausnahmen hat die Generaldirektion zu entscheiden. Der § 7 bestimmt über Pflichten und Verbote und sagt u. a.: „Die Arbeiter sind vor allem zum Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten, zur Höflichkeit gegen das Publikum, zur Verträglichkeit gegen ihre Kolleginnen und zum Fleiß in der Arbeit verpflichtet und haben sich eines nüchternen, städtischen Lebenswandels zu versetzen.“ Für etwaigen Schaden an Dienstgeräten und sonstigen Bahnhofsinventar sind die Arbeiter haftbar. Wenn der Schuldige nicht ermittelt wird, so haben alle in Betracht kommenden Arbeiter für den Schaden aufzukommen. Bei „dringlicher“ Veranlassung haben die Arbeiter auf Erfordern der Vorgesetzten auch außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit zu arbeiten. Biennal schulterhaft ist der § 10. Nach ihm werden Vergütungen für Mehrarbeit nur in solchen Fällen gewährt, in denen sich aus besonderen Gründen eine Überschreitung der im Dienstplane festgesetzten Arbeitszeit erforderlich macht. Zum Vergütungen und aus langer Weile wird niemand mehr bezahlt wird.

Natürlich fehlen auch Ordnungsstrafen nicht; sie können in Höhe bis 1.50 Mark verhängt werden. Nach § 140 ist die Bahnverwaltung zur sofortigen Entlassung eines Arbeiters unter Umständen berechtigt. Es werden eine Reihe solcher fahrlässiger „Gründe“, unter denen sogar der „grobe Unzug“ nicht fehlt, aufgezählt. So kann z. B. sofortige Entlassung erfolgen, wenn einer „im Dienste betrunken betroffen wird, oder während desselben groben Unzug verübt; die Arbeit „unbefugt“ verläßt; den Vorgesetzten den Gehorsam verweigert; . . . andere Arbeiter zur Erziehung höheren Lohnes aufreizt (1) oder zu Handlungen „verleitet“, die gegen die Gesetze, die guten Sitten oder diese Arbeitsordnung verstößen.“ Im Falle sofortiger Entlassung hat der Arbeiter kein Recht, sofort seinen Lohn zu verlangen, sondern er muß ruhig bis zum nächsten Lohnablage, unter Umständen also 14 Tage warten.

Eine wirkliche Pflichtarbeitsordnung, mit der sich selbst König Stumm seien lassen könnte. Welche Gefühle man aber mit solchen Bestimmungen unter den Arbeitern weckt, das braucht hier nicht näher dargebracht zu werden.

Zur Handhabung des neuen Vereinsgesetzes. In Rausch bei Dresden fand eine öffentliche Männerversammlung statt, in der über das Thema: Die deutsche Männerbewegung und was sie lebt, gesprochen wurde, wobei der Referent u. a. auch die Vielesfelder Kaiserrede erwähnte. Hierbei wurde er aber vom Überwachenden, dem Brigadier Nestmann, unterbrochen, der diese Ausführungen für politisch erklärt, die Ausweitung der Minderjährigen verlangte und mit Ausführung der Versammlung drohte, wenn seinem Verlangen nicht stattgegeben werde. Um die Versammlung nicht unmöglich zu machen, gab der Vorsitzende nach. Beide anwesenden Beamten sprangen auf, um die einzelnen Kollegen nach ihrem Alter zu fragen. Es waren 3 oder 4 Minderjährige anwesend, die das Votum sofort verliehen. Der Brigadier Nestmann forderte, daß die Versammlung so lange unterbrochen werde, bis er von jedem das Alter festgestellt habe. Die Versammlung nahm aber trotz dieses Verlangens ihren Fortgang.

Nach dieser Unterbrechung ging der Referent in seinen Ausführungen weiter und wies darauf hin, daß dem Unternehmerum der Schutz der Behörden zur Seite steht, wenn es gilt, die Kämpfe, die die Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage führen, zu unterdrücken. Bei diesen Ausführungen entzog der Brigadier Nestmann dem Redner das Wort. Der Vorsitzende hielt das Vorgehen des Beamten für unberechtigt und protestierte dagegen, worauf ihm ebenfalls das Wort entzogen wurde. Es wurde hieraus über gewerkschaftliche Angelegenheiten gesprochen, wozu der Vorsitzende noch einmal das Wort nehmen wollte. Brigadier Nestmann ließ das aber nicht zu; ihn lasse er, sagte der Beamte, heute überhaupt nicht mehr sprechen.

Das Verlangen des Überwachenden, die Versammlung zu unterbrechen, ist natürlich gänzlich unberechtigt, zeigt aber wieder, wie die neue Bestimmung im Vereinsgesetz über die Minderjährigen gehandhabt wird und welche Scherereien sie den Arbeitern bringt. Das war wohl auch die Absicht der konservativen Staatskretter, in deren Versammlungen sich wohl nie ein ähnliches Intermezzo ereignen wird.

Dresden, 18. August. In der Sächsischen Arbeiterzeitung lesen wir: Ein tragisches Ende fand der Parteigenosse Gustav Kreuschmar, der seit einiger Zeit hier in der Ziegelstraße ein Kleidergeschäft betrieb. Er hat sich in Grimma, seinem Geburtsort, wohin er eigens zu diesem Zweck gefahren war, das Leben genommen. Zu einem Brief an einen Freund giebt er den Grund seiner Verzweiflungshot an: es war die bittere Not, der er, mit einem schlimmen Augenleiden behaftet, nicht zu entrinnen vermochte trotz aller Versuche, die er in seinem bewegten Leben unternahm, um auf einen grünen Zweig zu kommen. Daß er nach Grimma gefahren, um sich gerade dort das Leben zu nehmen, begründet er damit, daß seine Familie zu arm sei, um ihn beerdigen zu lassen; wohl aber könne das seine sehr wohlhabende in Grimma wohnende Mutter, die ihm trotz aller

Bitten jede Hilfe bei Lebzeiten verweigert habe. Kreuschmar war trotz seines Leidens und seines Elends ein treuer Parteigenosse, dem wir ein gutes Andenken bewahren werden.

Wie bürgerliche Blätter zu melden wissen, werden von der Artillerie Schießübungen mit schwerer Munition auf dem Gelände bei Gossendorf abgehalten. Infolgedessen werden die Fluren und Straßen in der Gegend von Eschedorf, Schulberg und Ditterbach für allen Verkehr gesperrt. Dadurch werden die Landleute gehindert, die jetzige außerordentlich günstige Zeit zur Ernte zu benutzen. Auch in der Pulsnitzer Gegend, und zwar auf den Lichtenberger Feldern, fand vom 16. bis 18. d. M. ein Schießschießen mit Kanonen statt. Auch hier müssen die Landleute schwer unter der Schießerei leiden. Ist denn diese wirklich nötig? Wenn nun schon geschossen werden soll, warum benutzt man dazu nicht den Zeithainer Schießplatz, der doch erst vor kurzem durch Anlauf vergrößert worden ist. Vor dem Militärjahr müssen bei uns selbst die notwendigsten Arbeiten zurücktreten.

Das berühmte Dresdener Wasserwerk hat in den letzten Tagen mehrfach infolge der großen Höhe und des dadurch gesteigerten Wasserverbrauches seinen Dienst versagt. Der Wassermangel steigerte sich einmal zu einer katastrophalen Katastrophe, die besonders in einigen großen Fabrikbetrieben und auch in den Eisenbureaus der Staatsgebäude empfunden worden ist.

Röhritz, 18. August. Die bisligen Ortskranenkasse hat in einer Generalversammlung die Erhöhung ihrer Unterstützungsleistungen beschlossen. Dieser Beschuß ist auf eine Anregung der Kreishauptmannschaft Leipzig zurückzuführen.

Waldheim, 18. August. (Ein weiterer Beitrag zur Rathausbaufrage.) Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung einen Antrag, „den Rat zu ersuchen, das Gutachten von Baumeister Gottschaldt-Chemnitz in Sachen der Rathausbauangelegenheit der Bürgerschaft zu veröffentlichen“, mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Rat ist der Ansicht, daß die eingesetzte Veröffentlichung nur des Gottschaldtschen Gutachtens die irrgäben Ausschreibungen, die über die Rathausbaufrage und das Verhältnis beider städtischen Körperchaften zu einander in gewissen Schichten der Einwohnerschaft verbreitet sind, nur zu verstärken geeignet sei und daß daher, wenn überhaupt auf eine Veröffentlichung zugekommen werden soll, diese sich auch auf den übrigen wesentlichen Altersinhalt mit Einschluß der bereits ergangenen und der noch zu erwartenden Entscheidung der Kreishauptmannschaft erstrecken müsse. Aus diesen Gründen wurde beschlossen, das eingangs erwähnte Ersuchen der Stadtverordneten zur Zeit abzulehnen.

Hohenstein-Ernstthal, 18. August. In Oberlungwitz war am 12. Juli eine Volksversammlung aufgelöst worden, weil das Verbot des überwochenen Beamten, eine Resolution weiterzulesen, zu Protesten Veranlassung gegeben hatte. Die Kreishauptmannschaft hat die erhobene Beschwerde für beachtlich gefunden, „weil die Voransetzungen der §§ 8 und 9 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betr., vom 22. Nov. 1850 nicht vorliegen und deshalb das Einschreiten des Abgeordneten der königlichen Kreishauptmannschaft nicht ausreichend begründet erscheine.“

Delitzsch i. B., 18. August. Das Delitzscher Tagblatt teilt mit, daß die Bauunternehmer Hügler und Liebing der Redaktion erklärt haben, sie bedauerten aus das lebhafte die Vorankündigung beim Bau von Vogtsberg. Sie lehnten zunächst die Verantwortung für die Handlungsweise des Poliers grundsätzlich ab. Der Polier ist nicht mehr beim Bau, überhaupt nicht mehr im Geschäft der beiden Bauunternehmer beschäftigt. Sie hätten auch nur der Not gehorcht Tschied eingestellt und würden dies nie gethan haben, wenn sie die herrschende Volksstimmung gekannt hätten. Sie erklärten, von jetzt ab würden keine Tschiede mehr beim Bau beschäftigt werden, sondern sämtliche sich meldenden deutschen Arbeiter würden angenommen werden. Wenn die Poliere Deutsche zurückgewiesen hätten, dann wäre das wider ihr Wissen und Willen geschehen. Auch hätte es ihnen vollkommen ferngelegen, die tschechische Nationalität zu bevorzugen — sie seien gute Deutsche. Das Blatt macht zum Schlus die alberne Bemerkung: „Dieser Ausgang ist für uns und unsere gute deutsche Sache ein Sieg auf der ganzen Linie. Wir kämpfen ja nicht gegen Personen, sondern gegen un-deutsche Anschauungen; dazu gehört aber unseres Erachtens die Vermeidung tschechischer Arbeit in Deutschland, zumal an einem Staatsbau.“

Diesen „Sieg auf der ganzen Linie“ hat man den deutschen Arbeitern zu verdanken, die man während des Streits beschimpft hat und von denen jetzt mehrere in Untersuchungshaft sitzen. Es ist nur gut, daß die Unternehmer, die einen Staatsbau ausführen, von der Stimmung im Volke nichts gewußt haben, daß sie also ihre Hände in Unschuld waschen können. Aber auffällig ist und im Widerspruch zu dieser Entschuldigung steht, daß die Unternehmer alle Schuld auf den Polier werfen.

Die kleinen Nachrichten aus dem Lande. Die Schuhmachersinnung in Burgstädt hat beschlossen, die freie Innung fortbestehen zu lassen. — Die Fleischherinnung zu Zwönitz hat ebenfalls beschlossen, als freie Innung sich umzustalten. — In Gainsdorf bei Zwönitz hat man jetzt bei dem Ausschachten eines Eisfelders für die Brauerei ein einen Meter mächtiges Kohlenfeld entdeckt, das sich in die Tiefe zieht und scheinbar dahin zu stärker wird. Die Kohle liegt fast zu Tage. — In Blauen geriet ein Baumfeuer, weil er die vor seinem Neubau spielenden Kinder weggejagt hatte, mit der Mutter eines solchen Kindes in Streit. Er lies deshalb die Kinder gewöhnen. Bald darauf fiel ein Brett vom Bau und zerstörte einem kleinen Knaben den Arm. — Der Bauunternehmer Schneider in Blauen ist von einem Neubau aus einer Höhe von zwei Stockwerken abgestürzt und hat sich dadurch einen Bruch beider Oberschenkel und eine schwere Verletzung am Kopfe zugezogen.

Merseburg, 18. August. (Eisenbahnglücks.) Der um 5 Uhr 8 Min. aus Frankfurt a. M. hier eintreffende Schnellzug ist hinter der Station Merseburg mit einem Rangierzug zusammengefahren. Beide Maschinen sind infolgedessen entgleist. Von den Passagieren des Schnellzuges trugen mehrere Verlebungen davon, so daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Von dem Zugpersonal scheint der Packmeister des Schnellzuges am schwersten verletzt zu sein. Dadurch, daß sich die Lokomotiven beiderseitig mit den linken Puffern getroffen haben, sind sie aus den Schienen gedrückt worden und haben sich rechts und links nach außen geneigt und tief in den Bahndamm gewühlt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist wohl in dem Unstädte zu suchen, daß das Einfahrtsgleis des Frankfurter Schnellzuges nicht rechtzeitig von dem rückwärtigen Zug freigemacht wurde und der Schnellzug etwas früher eintraf, als nach der Anmeldung zu erwarten war. Wenn der Lokomotivführer des Schnellzuges die Geschwindigkeit seiner Maschine nicht noch im letzten Augenblick nach Möglichkeit verringert hätte, würde der Zusammenstoß in seinen Wirkungen wohl weit gefährlicher gewesen sein. Die Passagiere des Schnellzuges wurden mit einem Sonderzuge weiterbefördert.

Aus der Partei.

Die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. In der letzten Nummer des Vorwärts sind Ausführungen eines im Vorortkreis der Partei stehenden Genossen abgedruckt, in denen die Redaktion bemerkt, daß sie der in dem Artikel niedergelegten Auslegung des Hamburger Beschlusses nicht zu stimmen. In dem Artikel heißt es:

Nach dem Hamburger Beschuß haben die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zunächst zu erwägen, „inwieweit“ eine Wahlbeteiligung in ihrem Kreise „möglich“ ist. Sie können abschließend sich für jede Art der Beteiligung entscheiden, nur die eine Schranke ist ihnen gegeben: sie sollen nicht „mit anderen Parteien Kompromisse und Bündnisse“ eingehen.

Der Verfasser legt dann die Schwierigkeiten dar, unter denen die Wahlen zum Landtag vollzogen werden, weist darauf hin, daß wir „selbst mit dem Reichstagwahlrecht für Landtagswahlen“ eine viel geringere Bedeutung haben würden, weil Landtagswahlen nun einmal noch nicht als Lebensfragen empfunden werden, und deutet auf die erneuteten Erfahrungen mit der ersten sächsischen Dreiklassenwahl, wo noch dazu die Stimmung der Bevölkerung die günstigste war. Über ein Vergleich mit sächsischen Wahlfahrten verbietet sich sogar, da in Preußen die Abstimmung öffentlich ist.

Die Genossen der einzelnen Wahlkreise müssen natürlich am besten zu beurteilen wissen, bis zu welchem Bruchteil selbst der ungünstigsten Reichstagwahlziffern unsere Landtagsstimmen herabstürzen müssen, wenn man mit ihnen zugleich seine Zugewandtigkeit zur sozialdemokratischen Partei vor aller Offenheit zu Protokoll giebt. Vor Illusionen brauchen wir sie hier nicht mehr zu warnen.

Der Verfasser führt weiter aus, daß wohl in einzelnen Urwählbezirken sozialdemokratische Mehrheiten und einzelne Parteidurchmänner denkbar seien, nicht aber Majoritäten für den ganzen Wahlkreis. Als letztes Ergebnis sei daher immer ins Auge zu lassen Unterstützung der Partei, die das kleinere Uebel ist. „Wo zu dann der Umweg, die Opfer an Zeit und Kräften und schließlich auch an Erfolgen“ — ohne die Möglichkeit eines direkten Erfolgs. Dann erdet der Verfasser den Schaden, den eine Wahlbeteiligung insofern herbeiführen kann, als dem Kreisum Stimmen entzogen werden können, er für die Stichwahl ausfallen kann und mit ihm reaktionäre Wahlen gefördert werden. Und zwar ohne irgend welchen Vorteil für die Partei, da „niemand auf eine sozialdemokratische Abgeordnetenwahl zu denken ist.“

Gewiß läßt sich hier nichts mit untrüglicher Sicherheit voraussagen und unter Umständen soll man auch auf das Ungewisse hin etwas wagen. Indes nur, wenn ein günstiger Ausfall des Wahlganges positive Erfolge verspricht. Scheint dieser positive Erfolg jedoch selbst im günstigsten Falle ausgeschlossen, dann soll man nur den unschönen sicherer Weg gehen und seinen Fuß bei jedem Schritt nur auf festen Boden legen, d. h. für die bürgerliche Opposition von vornherein stimmen. . .

Die Elberfelder Versammlung, in der empfohlen wurde, sich an der Landtagswahl zu beteiligen, war von etwa 60 Personen besucht. Für den Beschuß stimmten 44, dagegen 15, einige enthielten sich der Abstimmung.

Stuttgart, 18. August. Ein Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, W. Keil, wegen Beleidigung des Schultheißen Bader in Ditzingen ist eingestellt worden.

Soziale Rundschau.

Über die Erwerbsart der schulpflichtigen Kinder hat das Breslauer Statistische Amt am 28. Februar d. J. Erhebungen angestellt. Die Ergebnisse weichen von denen einer am 30. Novbr. 1895 vorgenommenen Befragung nicht unerheblich ab. Nach der diesjährigen Erhebung waren 4939 oder 10,6 Prozent gewerblich beschäftigte Volksschulkinder vorhanden, das sind mehr als doppelt soviel als nach der Erhebung im Jahre 1895. Von denselben waren in evangelischen Schulen 1852 Knaben und 1138 Mädchen, in katholischen Schulen 1059 Knaben und 890 Mädchen. Der Anteil in den einzelnen Schulklassen steigt insofern der verschiedenen Alterszusammensetzung der Schüler von 3,5 Prozent in der sechsten bis 17,2 Prozent in der ersten Klasse. Mehr als drei Stunden täglich beschäftigt waren 945 oder fast 20 Prozent der erwerbstätigen Kinder. Die Abweichung ist wohl zum Teil dem geänderten Befragstermin und den verschiedenen Fragestellungen zuzuschreiben.

Über die Beschäftigung von Schulkindern auf den Berliner Niedersfeldern berichtet das Teltower Kreisblatt:

Die Güterverwaltung Osborn beschäftigt auf den Niedersfeldern nicht nur Kinder unter 11 Jahren, sondern sogar solche unter 10 Jahren! Die Kinder von 12—14 Jahren besuchen Dienstage resp. Freitags den Unterricht des Geistlichen in Groß-Berken. Für solch ein Kind gestaltet sich der Tag folgendermaßen: Von 7 bis 10 Uhr besucht es die Schule zu Heinersdorf. (Die Kinder von Osborn und Friedersdorf haben bis dahin einen Weg von 20 bis 30 Minuten.) Um 11 Uhr beginnt der Religionsunterricht beim Geistlichen in Groß-Berken und dauert bis 1 Uhr. (Weg von Heinersdorf bis Groß-Berken ¼—1 Stunde.) Um 2 Uhr gehen die Kinder in Osborn und Heinersdorf auf den Niedersfeldern zur Arbeit. Wann essen die Kinder an diesen Tagen ihr Mittagbrot? Die Kinderarbeit dauert bis abends 8 Uhr.

Das sind ja recht erbauliche Zustände im Reiche der Sozialreform.

Gerichtssaal.

Bandgericht.

Leipzig, 18. August. Der Strohsack als Sparkasse. Der Arbeiter De. in Lindenhalde hatte seine Sparpfennige in Höhe von 88 Mark in einem Säcken im Strohsack seines Betriebes verborgen. Seine Wohnung teilte er mit dem wiederholt bestraften 26 Jahre alten Schuhmacher Karl Friedrich Otto aus Böhlitzendorf. O. erhielt auch Rost von De. Seine Schuhmacherbrüder brachte ihm wenig Gewinn, außerdem war er mit dem Essen nicht zufrieden. Um sich schadlos zu halten, eignete er sich am 7. Juli das im Strohsack geborgene Geld an. Der Diebstahl wurde entdeckt und noch 22 Mr. bei Otto gefunden, die er versteckt hatte. Als rücksichtiger Dieb wurde Otto von der Ferienstrafkammer C unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Chirverlust verurteilt.

Lebt die Marken fest auf. Die Firma W. u. E. in Plagwitz versandte im März ihren Katalog. Sie ließ an jedem Tage 25—30.000 Druckstücke dem Postamt in Plagwitz einsieben. In den ersten Tagen lösten sich die Marken teilweise leicht von selbst ab. Dies benutzte der 26 Jahre alte Posthilfs-

voie Friedr. Traugott R., um sich eine Anzahl 10 und 25 Pf.-Marken anzueignen. Es gelang ihm nur für 2.70 Ml. Marken zu verhindern, die übrigen ließ er wieder auf. Dies Gebaren brachte ihm ein Strafverfahren wegen Unterschlagung im Amt ein. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Krause machte zu Gunsten R.s geltend, daß er außer Kauionsabzug und Kleidungsgeld auch Utensilien für zwei Kinder zu zahlen hatte, so daß ihm von seinem Solde nur 1.37 Mark pro Tag übrig blieb. Die Fertigstrafkammer O verurteilte R. nach § 350 des Strafgesetzbuchs zur niedrigsten Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Vereine und Versammlungen.

Dultung. In der Zeit vom 7. bis 18. August gingen bei der unterzeichneten Kommission folgende Beträge ein. Auf Liste 286: 11.50, 223: 22.50, 252: 14.75, 253: 12.05, 288: 12.25, 229: 3.60, 279: 18.80, 275: 4.71, 248: 19.20, 236: 11.50, 271: 15.10.

Die Lohnkommission der Modellstöckler Leipzig.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. August.

Streit der Modell- und Fabrikstöckler. Der Modellfabrikant Wiegand in Lindenau sandte uns vor etwa acht Tagen ein Schreiben, in dem er, befürchtet durch seine und des Vorarbeiters Unterschrift, uns mitteilte, daß er die neuen Bedingungen einhalten wolle. Von da an wurde die Firma wieder als eine solche angesehen, die bewilligt habe. Jetzt erfahren wir nun, was schon lange vermutet wurde, daß bei Wiegand fortwährend Arbeit für gesperrte Firmen angefergt wird, obwohl der Vorarbeiter Grothe der Streikleitung gegenüber behauptete, daran sei nicht zu denken. Die Werkstätte bleibt nun ein für allemal gesperrt und soll der Herr Wiegand erfahren, daß sich die Streikenden, wenn es auch nur gewöhnliche Arbeiter sind, wie er früher einer war, nicht zum Narren halten lassen. Im übrigen hat Herr Wiegand auch die berühmte Einladung an die Holzindustriellen zur Gründung eines Verbandes gegen die "Ammunitionen der Arbeiter" unterschrieben. Bekannt ist es ferner geworden durch die seinen Konkurrenten gegenüber gehaltene Aufführung: Ich zahle viel geringere Löhne als die anderen und kann auch die Modelle billiger liefern. Wir erwarten nun nochmals die dort stehenden Kollegen, sich nicht als Plauschierer gebrauchen zu lassen, sondern die Forderungen mit und durchdrücken zu helfen.

Die Streikleitung.

In einer uns zugehenden Zuschrift wird behauptet, daß in der Eisengießerei der Firma Th. u. Ad. Frederick in Leipzig-Lindenau Differenzen nicht ausgebrochen seien. Es feien vielmehr lediglich fünf Formen im Einverständnis mit der Firma ordnungsmäßig abgegangen, so das also von Differenzen in der Eisengießerei keine Rede sein könne". — Leider läßt die von der genannten Firma veranlaßte Zuschrift den Grund unerwähnt, der die fünf Formen zum Abgang veranlaßte. Vielleicht wird er von den beteiligten Arbeitern klar gestellt.

Gleiches Recht für alle! Der Sozialdemokratische Verein Leipzig-Ostbezirk, der gegenwärtig etwa 600 Mitglieder zählt, feiert am nächsten Sonntag im Gasthof zu Stütz ein Sommerfest. Bekanntlich wird den Vereinen von den Behörden in der Regel gestattet, je nach der Zahl ihrer Mitglieder jährlich ein, zwei oder auch mehrere Festlichkeiten mit öffentlicher Kasse abzuhalten. Trotzdem nun der Verein, der sechs Jahre besteht, noch nie ein Sommertfest; ja im amtshauptmannschaftlichen Bezirk überhaupt noch kein Vergnügen abgehalten hat, wurde ihm von der Amtshauptmannschaft als Auflösungsbehörde zu dem Sommerfest am nächsten Sonntag die Führung öffentlicher Kasse untersagt. In diesem Falle wird also das, was anderen Staatsbürgern gestattet wird, den Sozialdemokraten verweigert. Doch weiter! Die Bewohner der Vorstädte können alljährlich die Wohrnahme machen, daß Vereine mit Musik die Straßen durchziehen, um von einem bestimmten Platze aus zu dem von ihnen gewählten Festloale zu gelangen. Gern sehen die Einwohner diesen lustigen Treiben zu. Auch der Sozialdemokratische Verein Leipzig-Ostbezirk wandte sich mit einer Eingabe an das Leipziger Polizeiamt, um die Erlaubnis zu erlangen, von den Drei Mohren aus zum Festlokal mit Musik durch die Straßen ziehen zu dürfen. In der Eingabe war ausdrücklich betont, daß nur durch solche Straßen gezogen werden sollte, in denen von einer Störung des Verkehrs nicht die Rede sein könne. Doch das Polizeiamt verbietet schallnahweg den Umzug. Weshalb? Gründe wurden dem Vorständen nicht mitgeteilt; sie liegen aber auf der Hand: zu solchen Freiheiten, die nicht gesetzlich garantiert, sondern im Ermessen der Behörden gestellt sind, erhalten eben die Sozialdemokraten keine Erlaubnis. Nun, unsere Genossen sind an solche Maßnahmen gewöhnt, und trotzdem keine öffentliche Kasse geführt werden kann und trotz des Verbots eines Umzugs, wird das Fest jedenfalls den Verlauf nehmen, den wir bei sozialdemokratischen Fests feiern geschehen haben. Bei hoffentlich recht zahlreicher Beteiligung werden sich Männer, Frauen und Kinder bei Musik, Gesang und gesellschaftlichen Spielen vergnügen. Es wird kein Witzton weiter das Fest föhren.

Der Centralverband deutscher Kaufleute hat in Wiesbaden folgende Resolution beschlossen:

Die Generalversammlung des Centralverbandes deutscher Kaufleute spricht ihr Bedauern aus, daß nach zehnjährigem Kampfe des Verbandes um die Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes den Vorschlägen und Eingaben des Vorstandes seitens der in Betracht kommenden Behörden so wenig Entgegenkommen gezeigt ist. Im Sinne der "Allgemeinen Gerechtigkeit" erwartet der Verband, daß die hohen Staatsregierungen ihnen von der Allgemeinheit unterstützten Beamten jede Stellung und Thätigkeit im Vorstande von Konsumvereinen verbieten. Aus Billigkeitsgründen darf, manferner die Erwartung aussprechen, daß Beamte des Staates und der Gemeinden sowie Offiziere der Armee und Marine sich überhaupt nicht an der Unterstützung der Konsumvereine durch ihre Mitgliedschaft beteiligen, um dadurch einen großen Teil ihrer Bürger und Steuerzahler zu schädigen. Die Versammlung erklärt überdies, daß die Konsumvereinsfrage nur zu lösen ist durch ein Gesetz, das Konsumvereine nur nach Bedürfnis gestattet und ihnen die Verteilung von Dividenden verbietet. Ebenso müssen sie zu allen Steuern herangezogen werden, die auch der Gewerbetreibende zu zahlen hat.

In Sachsen ist nicht nur das letztere längst der Fall, es wird vielen Konsumvereinen auch noch die Umsatzsteuer abgenommen. Die Herren Mittelstandsreiter möchten freilich am liebsten die Konsumvereine überhaupt verbieten sehen. Dabei steht an der Spitze des Centralverbandes der Kaufleute Herr Schulze-Gishorn, der in seinen Jugendjahren gerade als Vorläufer der Schulze-Delibsch'schen Genossenschaften auftrat.

Eine für das Krankenkassenwesen wichtige Entscheidung hat die Kreiskrankenkasse zu Neusiedl herbeigeführt. Sie geht

damit um, ein eigenes Krankenhaus zu errichten. Diese Absicht durchkreuzte der Regierungspräsident dadurch, daß er die Genehmigung zur Begründung eines Kassenkrankenhauses untersagte. Diese Entscheidung ist aber vom Handelsministerium umgestoßen worden. Das Ministerium hat auf die Berufung der Kasse die Errichtung eines Krankenhauses durch die Krankenkasse genehmigt. Die Entscheidung des Ministeriums ist von grundsätzlicher Bedeutung. Im Krankenkassengesetz ist wohl von der Errichtung von Krankenhäusern durch Krankenkassen die Rede, aber dabei wird von Kassenverbänden, nicht von einer einzelnen Kasse, als der Trägerin des Unternehmens gesprochen. In § 46, der von den Rechten der Kassenverbände handelt, wird zu den etwaigen Aufgaben der Kassenverbände die "Anlage und der Betrieb gemeinsamer Anstalten zur Heilung und Versorgung erkrankter Mitglieder" gerechnet. Nach der ministeriellen Entscheidung steht dem nichts im Wege, daß auch eine einzelne Krankenkasse eigens für ihre Mitglieder eine Krankenanstalt errichtet.

Als seiner Zeit im Leipziger städtischen Krankenhaus unter Wegfall des bis dahin zu zahlenden Eintrittsgeldes von 4 Ml. der Versiegeln für Mitglieder der Ortskrankenkasse von 1 Ml. auf 1.50 Ml. pro Tag erhöht wurde, was für die Kasse eine Mehrabgabe von rund 45 000 Ml. pro Jahr zur Folge hatte, wurde auch hier in Vorstandskreisen die Errichtung eines eigenen Krankenhauses ventiliert.

Dem Verbande deutscher Klempnerinnungen, der seinen Sitz in Leipzig hat, ist vom Bundesrate auf Grund des § 104 die Fähigkeit beigelegt worden, unter seinem Namen Klechte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen, vor Gericht zu klagen und verklagt zu werden.

Die deutschen Wollindustriellen werden am 30. August in Leipzig eine Protestversammlung abhalten, die gegen die Einführung eines Wollzolls Stellung nehmen soll.

Zum Vorgehen gegen die Drogisten zu Gunsten der Apotheker meldet die Drogistenzeitung aus einem Berliner Vorort, dort habe tatsächlich ein Drogist gelegentlich einer Revision durch den Kreisphysikus, bei der sonst nichts zu monieren war, die Aufforderung erhalten, die vorhandene Nachtglocke zu entfernen, „da diese geeignet sei, im Publikum den Glauben zu erwecken, daß der Geschäftsräum ein einer Apotheke ähnliches Institut sei, und daß in demselben daher auch nichts rezeptiert würde“. Die Entgegning des Geschäftsinhabers, daß dies nie der Fall sei, daß er höchstens hin und wieder wegen solcher Sachen, die auch den Drogisten freigegeben sind, wie Binden, Tropfen u. s. w. herausgelöst würde, wurde als stichhaltiger Einwand nicht anerkannt, noch weniger der Hinweis, daß diese Klingel vor 11 Jahren, als das Hotel gemietet worden, bereits vorhanden war und deren Entfernung daher vom Hausherrn gefordert werden müsse.

Ein Leipziger Jerusalemfahrer. Damit er an der Spazierfahrt nach Jerusalem teilnehmen kann, ist der ordentliche Professor der Theologie an der hiesigen Universität D. Guth vom Ministerium des Kultus bis zum 16. November vom Abhalten von Vorlesungen dispensiert worden.

Seine braven Hörer, die infolgebessern verlängerte Ferien haben, werden in der freien Zeit kaum nach heiligen Orten wallfahrt.

Noch keine Zweipfennig-Postkarten. Die Einführung von Zweipfennig-Postkarten für den internen Verkehr der Großstädte sollte nach einer auch von uns gebrachten Nachricht baldigst vorstehen. Demgegenüber verlautet jetzt, daß es sich um eines jener Projekte handelt, die in postalischen Kreisen im Interesse einer Verkehrserleichterung zur Zeit erörtert werden. Über das allererste Stadium der Erwägungen sei der Plan jedoch noch nicht hinausgekommen. Die Freude war also wieder einmal wenigstens vorläufig umsonst.

Krankenversicherung. Das Ministerium des Innern hat neuerdings darauf hingewiesen, daß die wöchentlichen Bescheinigungen, die den Mitgliedern von Krankenkassen als Ausweise der bestehenden Erkrankung und Erwerbsunfähigkeit zum Zwecke der Erlangung von Krankengeld zu dienen haben, anstatt von approbierten Aerzten, auch von Organen der Kassenverwaltungen ausgestellt und als Rechnungsbelege verwendet werden dürfen, weil es tatsächlich eine Menge von Fällen gibt, in denen die Erwerbsunfähigkeit, wenigstens ihrem Eintritte nach, in einer auch für jeden Laien erkennbaren Weise sofort feststeht und nicht erst ärztlicher Bescheinigung bedarf, und weil auch das Krankenversicherungsgesetz keinerlei positive Vorschriften darüber enthält. In welcher Weise die Erwerbsunfähigkeit festzustellen ist. Nur daraus soll von dem die betreffenden Statuten genehmigenden höheren Verwaltungsbehörden sowie von den Aussichtsbehörden geachtet werden, daß vor der Auszahlung von Krankengeld die Erwerbsunfähigkeit auch wirklich festgestellt und daß, sobald hierzu ärztliche Bescheinigung nötig oder vorgeschrieben ist, solche auch nur von einem approbierten Arzte erteilt wird.

Lehrermangel. Im Königreiche Sachsen sind zur Zeit 191 Lehrerstellen an den Volksschulen unbefüllt. Der Lehrermangel wird immer fühlbarer.

Geldbelohnungen für die Entdeckung von Brandstiftern. Nach einer noch in Kraft befindlichen sächsischen Verordnung vom 26. Oktober 1883 können den Entdeckern von Brandstiftern unter Umständen ganz erhebliche Geldbelohnungen zufallen. Darauf soll eine Belohnung von einem Thaler bis zu 300 Thalern erhalten, wer einen vorläufigen Brandstifter mit Beibringung solcher Verdachtsgründe anzeigen, daß dieser der That überführt werden kann. Erfolgt die Anzeige von einer dazu verpflichteten Person, z. B. einem Polizeibeamten, so kann die Belohnung 25 bis 200 Thaler betragen. Sind mehrere Personen bei der Entdeckung beteiligt, so kann die Belohnung jedem von ihnen bewilligt werden.

Über eine Sonderfahrt mit Hindernissen, die am letzten Sonntag von der Staatsbahnverwaltung von Bittau nach Schandau veranstaltet wurde, geht dem in Ebersbach erscheinenden Oberl. Postb. von einem der Teilnehmer folgender Rotschrei zu:

Während am Abend die Rückfahrt glatt verlief und der Zug pünktlich nach 11 Uhr in Ebersbach wieder einließ, ging die Fahrt nach Schandau nicht so prompt von statten. Schon in Schlegiswalde wurde auf offener Strecke das erste Mal gehalten, dann folgte in Wilthen ein unfreiwiliger Aufenthalt von nicht weniger als 1/2 Stunden. Die Ursache dazu war folgendes. Von Neustadt war, wie von dem Zugpersonal erzählt wurde, bereits am Freitag eine Vorspannmashine, wegen der starken Steigung zwischen Wilthen und Neustadt, nach Wilthen bestellt worden. Vierstundige Wartezeit verging, bis endlich nach 40 Minuten langen Warten eine Güterzugsmashine von Bludschwerda kam, um nicht etwa nur sofort in Wilthen vorzuspannen —

welt gesehlt! Anstatt diese Vorspannmashine gleich in Wilthen auf der Drehscheibe so zu wenden, daß dieselbe in Wilthen nur auf den Sonderzug aufzufahren brauchte und die Weiterfahrt sofort beginnen könnte, kam die große Lokomotive in Wilthen verkehrt an, mußte also durch verschiedene Weichen hin und her erst zur Drehscheibe gebracht, um umgedreht zu werden. Aber o weh! Jetzt zeigte sich, daß die Lokomotive zu groß resp. die Drehscheibe in Wilthen zu klein war. Die Güterzugsmashine mußte daher erst vom Tender gelöst und umgedreht werden, dann wurde der Tender auf die Drehscheibe geschoben und umgedreht, sofern mußte die Maschine über die sämtlichen Weichen hinaus über das ganze Bahnhofsterrain fahren, nicht etwa um nun endlich vor den Sonderzug zu gelangen, sondern um den Tender erst zu holen, zusammengekoppelt zu werden und endlich nach 50 Minuten langer Verzögerung den Zug bis — Niederneukirch zu transportieren. Dort wurde diese Lokomotive wieder abgekoppelt, die Neustädter Maschine vorgespannt und nun gings endlich weiter bis nach Neustadt. In Neustadt war wieder ein Aufenthalt von 10 Minuten, so daß der Zug anstatt um 8 Uhr 19 Min. um 9 Uhr 19 Min. vormittags in Schandau einließ. Unter den Passagieren war über diese Verzögerung nicht unbedingt Unwillen entstanden und sollen viele sich vorgenommen haben, nie wieder per Sonderzug nach der Sächsischen Schweiz zu reisen.

Und nun sage mal einer, daß wir nicht im Zeichen des Verkehrs ständen.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder, mitgeteilt durch das Patentbureau von Eb. Preßlauer, Ingenieur und Patentanwalt, Leipzig, Goethestr. 7. Gegen diese Anmeldungen kann bis 15. Oktober 1898 Einspruch erhoben werden. Kl. 4. Beleuchtungsgegenstände: Körting u. Matthesen, Leipzig-Leipzig, Beleuchtungssystem zur Erzeugung und Verteilung indirektes Lichtes. — Kl. 44. Skrzwaren: J. Preßlauer, Leipzig, Färberstraße 12, Maschine zum Aufstellen von Sockel- und Tischknöpfen mittels Draht. — Kl. 51. Musikalische Instrumente: G. Vortmann, Dresden-N. Ammonstraße 78, und Reinhold Munkwitz, Dresden, Wachsbüchlaße 19, Dämpfervorrichtung für Stahlstimmnen in mechanischen Musikwerken.

Von einem schweren Unfall wurde gestern vormittag ein 26 Jahre alter Geschäftsführer aus Probstheida betroffen. Er fuhr mit einem mit Schutt beladenen Wagen den steilen Abhang des Schultablauplatzes bei Thonberg herab und kam, vom Wagen fallend, unter das rechte Vorderrad zu liegen. Das Rad ging ihm über die Brust; er blieb bestimmtlos liegen. Der Geschäftsführer Hirsch aus Connewitz nahm sich sogleich des Verunglückten an und beförderte ihn mit seinem Wagen nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob. Der Zustand des Überfahrenden ist ein sehr bedenklicher.

Beim Feueranzünden mit Petroleum zog sich in der Johannisallee 1 ein Dienstmädchen schwere Verbrennungen im Gesicht und an der rechten Seite zu. Die Verletzte wurde ins Krankenhaus transportiert.

In selbstmörderischer Absicht hat sich gestern nachmittag in einem hiesigen Gasthaus ein 22 Jahre alter Kellner aus Halle, der erst kürzlich hier zugereist ist, aus unbekannten Gründen mittels Revolvers eine Kugel in den Kopf geschossen. Bestimmunglos wurde der Lebensmüde nach dem Krankenhaus St. Jakob transportiert.

Baumfrevel. In der Nacht vom 1. zum 2. sowie in der Nacht vom 7. zum 8. d. M. sind auf der fiktionalen Coburger Straße in der Flur Böbiger und Gaußsch einige Bäume durch Abbrechen der Krone beschädigt worden. Auf die Ermittlung des Thäters ist eine Belohnung von 30 Ml. ausgesetzt worden.

Ein netter Gesandter.

Der chinesische Specialberichterstatter des Berliner Postanzeigers, O. Dannhauer, veröffentlicht in der letzten Nummer seines Blattes gegen den chinesischen Berichterstatter des Berliner Tageblattes, Eugen Wolff, einen brutal-ausschreiderischen Poltron, nachfolgende Schaurgeschichte:

Tsingtau, 27. Juni. Nachstehende Geschichte höre ich bereits in Peking, wollte sie aber nicht glauben, da mir die Quelle nicht lauter genug war. Heute wurde sie mir, genau wie ich sie erzähle, aus dem Mund des Bischofs Anger bestätigt.

Der bekannte Herr Eugen Wolff durchkreiste im Frühjahr Sibschantung und machte sich durch sein mehr als selbstbewußtes Auftreten sowohl bei den Missionaren wie den Chinesen sehr unbeliebt. Besonders den Chinesen gegenüber spießte er sich wiederholt als "Extra-Abgesandter Deutschlands" auf. Den Namen des Orts, an welchem er den Provisor Greypenem trug, konnte ich mir leider nicht merken (der Bischof sprach schnell, und fragen wollte ich nicht) — doch thut der auch wenig zur Sache. Auch ihm gegenüber lehrte er den Extra-Delegierten heraus und ließ sich von ihm alle Details über die Ermordung des deutschen Missionare und die später auf energischen deutschen Druck hin erfolgte Verhaftung der Mörder seitens der chinesischen Behörden erzählen. Dabei streute der Provisor (auf Beifragen) die Bemerkung ein, auch er sei nicht sicher, ob unter den 18 Verhafteten sich wirklich die Mörder befänden. Darauf fuhrte nun der Kuriose Delegierte E. W. und erklärte, er werde das persönlich klarstellen, und zwar durch eine Gerichtsitzung, die er selbst abhalten und bei der er, in Gegenwart des dortigen Mandarinen, die Gefangenen selbst vernehmen würde. Den Provisor forderte er gleichzeitig auf, ihm bei dieser Gerichtsitzung als Dolmetscher zu dienen und auch das nötige mit dem Mandarinen zu veranlassen. Nach einigem Zögern ließ sich der verlässliche Provisor wirklich hierzu überreden, und die verlässliche Gerichtsitzung fand positiv und zwar folgendermaßen statt:

Wolff erhielt im Gerichtsraume, wo bereits der sehr ängstliche Mandarin wartete, in Begleitung von Greypenem und gefolgt von seinem Leibhund, "Schuster", den er aber nie anders als "Herr v. Schuster" rief. Vier Stühle standen bereit, die W. folgendermaßen verteilt: "Hier auf dem höchsten stehen" — sagte er, — nehme ich Platz, Herr v. Schuster." Du nimmst den Stuhl rechts neben mir. Herr Provisor, Ihr Platz ist an meiner linken Seite. Der vierte Stuhl gehörte dem Mandarin. Letzterer ermannte sich schließlich denn doch, trotz all seiner Angstlichkeit, zu der Frage nach der Legitimation des kuriosen Gerichtsherrn. Da kam er aber schön an. Wolff zog sofort ein zusammengefaltete Papier aus seinem Stiefelschacht, hielt dasselbe einen Moment hoch, erklärte, daß sei seine Legitimation, und stieß es dann flug wieder ein mit dem Befehl, die Gefangenen hereinzuführen. Und richtig, niemand wider sprach ihm weiter, und die Gefangenen erschienen. — Selbstverständlich erklärten alle 18, auch nicht eine Ahnung von dem Morde zu haben, viel weniger aber irgendwie an demselben beteiligt gewesen zu sein, und kaum vor von jedem diese Erklärung abgegeben, so betratte Herr W.: "Du bist unschuldig, mithin sofort zu entlassen. Geh, wohin Du willst." Und natürlich ließ sich das leider zweimal sagen, sondern alle dreizehn verabschiedeten so schnell wie möglich. — Bald darauf ließ E. W. sein Werk füllen und zog dann selbst weiter. Als der Bischof aus Europa zurückkehrte und von dem chinesischen Gouverneur endlich energische Aburteilung der dreizehn als Mörder verhafteten verlangte, erwiderte dieser, der besondere deutsche Delegierte habe bereits persönlich Gericht abgehalten und alle Verhafteten begnadigt. Für ihn sei also die Sache damit beendet.

Wie telegraphiert wird, berichtet die Kölnische Zeitung, daß der Studentenstreik des Herrn Wolff im Auswärtigen Amt zu Berlin den Gegenstand von Erörterungen bildet. Herr Wolff wird sich geschweiglich fühlen, daß er ernst genommen wird.

2. Beilage zu Nr. 191 der Leipziger Volkszeitung, Freitag den 19. August 1898.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Keine Schonzeit mehr! Auch der Kriegsminister v. Goehler ist kein Liebling der Agrarier mehr. Die Provinzämter zahlen die Preise nicht, die die Agrarier erwarten haben, und das ist eine Sünde, die der Bund der Landwirte mindestens vergeben darf. Darauf lässt sich denn auch bereits die Deutsche Tageszeitung vernehmen:

Wir waren bisher geneigt, diese niedrigen Angebote den einzelnen Provinzämtern zur Post zu legen; da aber die Klagen so allgemein werden, scheint es fast, als ob die Provinzämter irgend eine Anweisung erhalten hätten, die mit den früheren nicht im Einklang steht. Sollte das nicht der Fall sein, so würde das Kriegsministerium Gelegenheit nehmen müssen, den Provinzämtern die frühere Anweisung wieder einzuschränken. Sollten aber die niedrigen Preisgebote auf einer allgemeinen Anweisung beruhen, so würde der Kriegsminister im nächsten Reichstage Gelegenheit haben, sich über die Gründe der Maßregel auszusprechen.

Magdeburg, 18. August. Am Wahltag trug der Arbeiter Knobbe an einer langen Stange ein Plakat mit der Aufschrift: "Wählt Pfannkuch" durch die Stadt. Er wurde angehalten, da keine polizeiliche Erlaubnis eingeholt war und das Plakat weder den Namen des Verlegers noch den des Druckers aufwies. Für das Verbrechen ging dem Arbeiter ein Strafbefehl in der Höhe von 20 M. zu, ebenso dem Kaufmann Berger und dem Cöpplerkern Bernstein, in deren Auftrag Knobbe gehandelt hatte. Auf erhobenen Widerspruch erkannte das Schöffengericht, daß die Strafbefehle als unzulässig aufzuheben seien, da nach § 29 des Preschgesetzes die Polizei nicht berechtigt ist, Strafbefehle gegen die Presse zu erlassen und es sich im vorliegenden Falle um ein Preschvergehen handele.

Zu Breslau wurden bekanntlich Wahlzeitelverteiler wegen des gleichen Vergehens vom Schöffengericht zu 1 M. Strafe verurteilt.

W. Oppeln, 17. August. Schon wieder muß von Opfern eines "Hünmarsches" berichtet werden. Auf der Rückkehr von einer Felddienstübung wurden plötzlich ein Unteroffizier und ein Gefreiter frust und starben nach kurzer Zeit, obwohl ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war.

Es wird berichtet, daß die Truppe früh nur 7 Kilometer weit nach Birkowitz marschiert sei, dort beim Felddienstübung einen Weg von 1½ Kilometern zurückgelegt und den Rückweg von 6 Kilometer gemacht habe.

Stuttgart, 18. August. Die von der Münchener Allg. Zeitung in Aussicht gestellte Auflösung des schwäbischen Landtags in Falle des Scheiterns der Verfassungsreform wird jetzt von diesem Blatte auf einen — Druckschüler zurückgeführt. In den Satz: "Wird die Reform angenommen, so erfolgt die Auflösung u. s. w., habe sich vor 'angenommen' das Wörterbuch 'nicht' eingeschlichen. Dieser Druckschüler ist der Urheber einer eingehenden Diskussion, die gegenwärtig in den württembergischen Blättern gepflogen wird. Kleine Ursachen — große Wirkungen. Durch diese Mängelstellung wird die Ausfassung, die wir in Nr. 187 der Volkszeitung als die bisher in parlamentarischen Kreisen allgemein geltende bezeichneten, bestätigt, daß nämlich im Falle der Ablehnung der Vorlage der Landtag seinem natürlichen Ende entgegen geht. Denn die Regierung hat in diesem Falle nicht — wie die Reichsregierung etwa bei Ablehnung einer Militärvorlage — ein Interesse daran, ihre Vorlage in einem neu gewählten Landtag durchzubringen, sondern es wird ihr ganz willkommen sein, wenn es beim alten bleibt. Was die Aussichten der Reform betrifft, so erfahre ich aus sicherer Quelle, daß ein großer Teil der volksvertreterlichen Fraktion, "um nicht das ganze Werk scheitern zu lassen", der Ersten Kammer in der Frage des Budgetrechts wesentliche Konzessionen zu machen bereit ist.

Keine politische Nachrichten. In Heidelberg ist nach der Frankfurter Zeitung der Mitbegründer der katholischen Volkspartei in Baden, der Privatmann Jakob Lindau, gestorben. Er war 65 Jahre alt geworden. In den sechziger Jahren trat er in das politische Leben ein und wurde einer der populären Vorsitzende der "wandernen Kasinos". Im Jahre 1867 wurde er für Waldenburg-Wertheim in die Zweite Kammer gewählt als der erste der katholischen Volkspartei. Im Jahre 1868 wurde Lindau in Freiburg und Bühl-Baden in das Zollparlament gewählt; für Bühl-Baden nahm er an, für welchen Bezirk er 1871 auch in den Reichstag ging. Nach seiner Mandatsniederlegung wurde Vorder gewählt, der das Mandat noch heute inne hat. In das Jahr 1875 fällt der bekannt gewordene Orgelprozeß. Im Chor der Heiliggeistkirche in Heidelberg befand sich eine Orgel als Eigentum der Marianischen Sodalität. Als die Altkatholiken die Kirche in Besitz nehmen durften, verkaufte Lindau die Orgel an die Gemeinde Dilsberg, wohin sie auch verbracht wurde. Auf Befehl des Bezirksamtes wurde sie wieder nach Heidelberg verbracht und Lindau wegen strafbaren Eigennutzes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Bis in die 90er Jahre hat er sich mit politischen und öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt; schwere Leiden zwangen ihn, von dem öffentlichen Leben zurückzutreten. — Die berühmte Freiherrlich von Tucher'sche Brauer in Nürnberg wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Es beteiligen sich dabei die Dresdener Bank, die erst kürzlich in Nürnberg eine Zweigniederlassung gegründet hat, und die Diskontogesellschaft. Das Aktienkapital soll sich auf 3 200 000 Mark belaufen. — Am 18. August stand auf Schloss Ehreshoven im rheinischen Kreis Wipperfürth der langjährige Oberhofmeister der Kaiserin Augusta, Max Graf v. Nesselrode-Ehreshoven. Er war ein ehemaliger Klerikaler und als solcher infolge des Kulturskandals ein grimmer Gegner des Fürsten Bismarck. Als Fürst Bismarck eines Tages, nachdem er dem Kaiser Bericht gehalten, sich noch den Gemächern der Kaiserin Augusta begab, um dieser seine Aufwartung zu machen, traf er, so erzählt die Berl. Volkszeit., im Vorzimmer mehrere Herren, darunter den Grafen Nesselrode. Fürst Bismarck grüßte, Graf Nesselrode erwiderte aber den Gruß nicht. Fürst Bismarck machte darauf seinem Arger mit den Worten Lust: "Es ist nicht angebracht, vornehme Häuser zu betreten, in denen das Gesinde ungezogen ist." Sprach's und verließ das Palais. — Eine beim Manöverieren der Pioniere bei Arab (Ungarn) über den Temen geschlagene Brücke stürzte ein, als Infanterie darüber ging. Es sollen viele Soldaten umgekommen sein. — Über die Bestellung russischer Kriegsschiffe auf deutschen Werften wird gemeldet, daß ein Panzerkreuzer größere Dimensionen in den jüngsten Tagen der Krupp'schen Germania-Werft in Kiel in Auftrag gegeben worden sei, und es wird in kürzester Zeit der Abschluß des Vertrages wegen eines gleichen Schiffes an den Vulkan in Stettin erwartet. — Über einen neuen Unfall in der französischen Marine wird dem Pariser Journal aus Dänischen gemeldet, daß der Kreuzer Gatinat und das Küstenpanzerschiff Valmy zusammengetrieben sind. Valmy sei auf der Fahrt von Havre nach Dänischen auf eine Sandbank aufgelaufen und gleich darauf von dem in geringer Entfernung folgenden Gatinat angerannt worden. Gatinat erhielt ein großes Loch im Panzer und mußte ins Dock geschossen werden. Der Marineminister Lecroy hat nicht mehr Glück als ein Vorgänger, der

Unfall-Minister Besnard. — Der französischen Minister des Innern hat den Verlauf der Berliner humoristischen Blätter verboten, und zwar wegen eines Blibes in der letzten Nummer, das Frankreich kritisch vor Bismarck darstellte.

Niederlande.

Eine Ministerrede im Institut für internationales Recht.

Haag, 18. August. Die Sitzung des Instituts für internationales Recht wurde in Gegenwart des Minister und des diplomatischen Corps durch den Minister des Außenrechts Beauvois fortgesetzt. Es beglückwünschte das Institut, das jetzt 25 Jahre besteht. Enttäuschungen seien allerdings nicht ausgeschlossen. Die Strömung zu Gunsten des Schutzzollsystems stimme wenig zu dem Gefühl einer Solidarität der verschiedenen Völker, die Erhöhung des Militärbudgets in allen Ländern zeige von gegenseitigem Missbrauch, der letzte Krieg sei eine grausame Enttäuschung gewesen.

Aber die Ideen schritten vorwärts. Die Kaperei sei für immer abgeschafft und die Unvereinlichkeit neutralen Eigentums unter feindlicher Flagge und feindlichen Eigentums unter neutralem Flagge allgemein anerkannt, selbst von den gegenwärtig kriegsführenden Mächten, die die Pariser Deklaration von 1856 nicht unterzeichnet hätten (Amerika und Spanien).

Belgien.

Die Leute um Daens.

Die christlichen Demokraten Belgiens haben am letzten Sonntag in Brügge ihren Parteitag abgehalten. Die Reden, die auf diesem Kongress gehalten wurden, die Beschlüsse, die man hörte, haben wieder deutlich die Unzulänglichkeit und Habsucht des sogenannten christlichen Sozialismus gezeigt. Der Bischof von Gent holte dem Abt Daens, dem Führer der christlichen Demokraten verboten, dem Kongress zu präsentieren. Er unterwarf sich dem Befehl seines Vorgesetzten und nahm an den Beratungen des Kongresses nicht teil. Man war über den Bischof ausgebracht, aber dabei blieb es auch. Die christlichen Demokraten haben nicht den Mut, sich gegen eine willkürliche Verkürzung der politischen Freiheiten aufzulehnen, aber sie reden sich ein, daß sie für die Erweiterung der politischen Rechte kämpfen.

Sie haben auf dem Kongress auch sehr viel über das „unverdiente Elend der Arbeitersklasse“ gesprochen und über die Mittel zur Besserung ihrer Lage beraten. „Vom Beten allein kann das Volk nicht leben. Es braucht auch Brot und Fleisch.“ Aber als Mittel zu dieser gründlichen Besserung wurden die Produktivgenossenschaften bezeichnet, weil sie den Arbeitern einen höheren Lohn zahlen können. Dagegen sprach sich der Kongress ganz entschieden gegen die Konsumvereine aus, denn sie ruinieren das Kleingewerbe.

Der Kongress betrachtet es als seine Pflicht, gegen die von den italienischen Kriegsgerichten verübten Schändhafte Protest einzulegen. Und er protestierte auch in einem Huldigungstelegramm an den Papst!

Gesellschaften auf Gesellschaften!

Der spanisch-amerikanische Präliminarfrieden.

Bon den Philippinen.

Washington, 19. August. Generaladjutant Corbin telegraphierte gestern an General Merritt: Da die Vereinigten Staaten im Besitz der Stadt, der Bay und des Hafens von Manila sind, müssen Sie den Platz halten und Personen und Eigentum in dem von Ihren Land- und Seestreitkräften besetzten Gebiete schützen. Die Aufständischen und alle anderen müssen die militärische Besetzung und die Autorität der Vereinigten Staaten sowie die Einstellung der Feindseligkeiten anerkennen. Der Präsident ermächtigt Sie, alle Maßnahmen, die Sie in dieser Hinsicht für nötig halten, zu treffen. Alle Personen, die sich dem Gesetz unterwerfen, sind gleichmäßig zu behandeln.

Kriegsschiffe.

Der Londoner Standard meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung plant den Bau 15 neuer Kriegsschiffe, die mit neu zu bauenden Truppenschiffen 50 Millionen Dollars kosten sollen.

Schwierigkeiten.

Santiago, 18. August. (Meldung des Menterschen Bureaus.) Die Behörden stoßen bei ihren Bemühungen, die Disziplin aufrecht zu erhalten, auf Hindernisse. Die Regimenter, die gegen das Gelbe Fieber fest sind, verursachen viele Schwierigkeiten.

Das fünfte reguläre Infanterie-Regiment hat Befehl erhalten, sich morgen in Tampa nach Santiago einzuschiffen, wo die Lage einige Beunruhigung verursacht.

Vom lieben Augustin.

Hongkong, 18. August. Der deutsche Konsul Kaiserin Augusta, der nach dem Fall von Manila mit Depeschen vom Admiral v. Diederichs hierher gesandt worden war, geht heute dahin zurück. An Bord ist der seit Anfang dieses Monats seines Unterganges entthobene Gouverneur von Manila, General Augustin, nebst Familie hier angelangt, dem auf seine Bitte der deutsche Geschwaderchef nach Benehmen mit dem amerikanischen Oberbefehlshaber die Mitreise gestattet hatte. General Augustin ist nach Spanien weitergereist.

Eine deutsche offizielle Kundgebung.

Die Köln. Btg. schreibt zu den neuen „englischen Verdächtigungen“: „Die nach unseren Erkundigungen durch normale und korrekte Aktion des deutschen Geschwaders auf den Philippinen wird in England und Amerika wieder zu den habsam bekannten Verdächtigungszecken benutzt, wobei behauptet wird, die Washingtoner Regierung beschäftige sich mit gewissen Angaben über den Wunsch Deutschlands, in die Friedensverhandlungen einzutreten. Die Köln. Btg. bekämpft entschieden „die Sicht, Deutschlands Aufstehen zur See falsch auszulegen“, und sagt, „es sei dringend zu wünschen, daß das pflichtgemäße Vorgehen des deutschen Geschwaders bekannt und dadurch den unbefangenen Leuten die Augen geöffnet würden.“

Soziale Rundschau.

a. Zur Bergarbeiterbewegung. Zwischen den beiden Bergarbeiterverbänden, dem deutschen Bergarbeiterverband und dem christlichen Gewerkeverein, war durch die betreffenden Vorsitzenden das Abkommen getroffen, bei der kommenden Knappschaf-

ältestenwahl gemeinsam gegen die von den Werkbesitzern protestierten sogenannten gemäßigten Altesten Stellung zu nehmen. Dieses Abkommen wurde von der gesamten Bergarbeiterchaft aufs freudigste begrüßt. Jetzt melden ultramontane Blätter, daß der Vorstand des christlichen Gewerkevereins beschlossen habe, wohl die „gemäßigten“ Altesten, aber auch den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband zu bekämpfen. Angesichts der Haltung der Grubenbesitzer beim Plessberger Streit sowie der neuesten Eingabe des Unternehmerverbands an den Minister Brefeld, ist der Beschluss des christlichen Gewerkevereins vorstand schier unsäglich. Sollte sich die Nachricht tatsächlich bestätigen, dann ist ein Erfolg der Bergleute bei den Altestenwahlen in voraus unbedingt gemacht. Wir beweisen aber noch, daß die Gewerkevereinsmitglieder einem solchen Verhältnis Gefolgschaft leisten.

Ein Unwetterstreit. Infolge des Hagelwetters in vorher Woche wurden Glasergesellen aus Hamburg, Berlin und Süddeutschland telegraphisch nach Köln berufen, um mit den Kölner Gesellen bei doppelter Tagesschicht die umfangreichen Arbeiten zu bewältigen. Seit Sonntag wollen indessen die Glashändler nur noch den üblichen Tagesschicht zahlen, während die um 60 bis 70 Prozent herausgeschraubten Glaspreise auf dieselbe Höhe verbleiben. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Glasergesellen hat daher den sofortigen Ausstand beschlossen. Die Glasergesellen haben am 18. August überall die Arbeit eingestellt, bis sie wieder den doppelten Lohn erhalten.

Sozialpolitische Weisheit in Meiningen. Im Herzogtum Meiningen sind als Vertrauenspersonen für die Fabrikarbeiterinnen Schwestern vom Roten Kreuz oder Diakonissen angestellt worden. Sie werden schon in der Lage sein, den Fabrikinspektor bei seiner Thätigkeit zu unterstützen.

Vom Hamburger Bäckerstreit. Die Bäckerinnungen haben die Vermittelungsversuche des nationalsozialen Vereins zurückgewiesen.

Nachdem die Bäckerinnung mit dem Milch-, Mehl-, Geest- und Tortboykott Fiasco gemacht hat, ist nun den Backofenbauern von Hamburg und Umgegend in einer von Obermeister Knost einberufenen Sitzung ein Revers zur Unterschrift vorgelegt worden, wonach sich jeder verpflichtet, bei einer Konventionalstrafe von 500 M. in seiner Bäckerei, wo die Fordernungen der Gesellen bewilligt sind, irgend welche Reparaturen resp. Neuanlagen zu machen. Fünf Backofenbauer haben diesen Revers unterzeichnet. Wird nicht viel nützen.

g. In Straßburg i. E. haben 60 Verladearbeiter der Rheinschiffahrtsgesellschaft die Arbeit niedergelegt, da ihnen ihr tager Lohn verkürzt werden sollte. Auch die kaufmännischen Angestellten der Gesellschaft klagen über jammervolle Bezahlung.

In Düsseldorf ist der Streik der Formen bei der Firma Geiger siegreich beendet.

In Pforzheim b. Augsburg streiken die Formen der Firma Gebr. Demharter.

In Freiburg i. B. streiken die Glaser.

Die Arbeitszeit der Arbeiter in den verschiedenen Ländern der Erde. Eine bedeutsame Zusammenstellung der Arbeitszeiten erwachsener männlicher Arbeiter in den verschiedensten Ländern der Erde veröffentlicht das Schweizer Arbeitersekretariat. Die kürzeste Arbeitszeit finden wir in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Australien. Die Regierung der Union hat überall den Achtstundentag eingeführt für ihre Arbeiten. Über auch anderweitige öffentliche Arbeiten werden unter diesem System ausgeführt, desgleichen haben viele Privatbetriebe dasselbe übernommen. Im Staate Connecticut gelten acht Stunden Arbeit als ein Tagewerk vor dem Gesetz, was darüber hinausgeht, gilt als Überstunde. In der Industrie gilt der elfstündige Arbeitstag als Maximum, haus- und landwirtschaftliche Arbeiter dürfen allein länger beschäftigt werden. Für Bäckereien ist der Bäckstundentag gesetzlich eingeführt, ebenso für den Eisenbahndienst. In Australien gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit; sie sind dort eben schon überflüssig; denn der Branch steht fest, daß mit Ausnahme der Straßenarbeiter, die zehn Stunden arbeiten, niemand länger als neun Stunden täglich beschäftigt wird. Der Achtstundentag gilt in 65 Proz. aller Betriebe als Regel. Bemerkenswert ist die Beschränkung der Arbeitszeit auf die Hälfte, die des Sonnabends in vielen weiblichen Arbeitszweigen geübt wird. In Ostindien herrscht in den Fabriken gesetzliche elfstündige Arbeitszeit mit ½ bzw. 1½ stündiger Pause für Männer und Frauen. In Deutschland gelten nur vereinzelte Beschränkungen, namentlich solche aus hygienischen Rücksichten. So ist für Quecksilberspiegel-Belegen nur eine 6—8stündige Arbeitszeit gestattet. In Bleifabriken eine zwölfstündige, eine gleichlange in Bäckereien, eine achtstündige in Accumulatorenfabriken. Im Bergbau herrscht zumeist zehnständige Arbeitszeit mit Einschluß der Ein- und Ausfahrt. In England wird in Staats- und Gemeindebetrieben allmählich überall der Achtstundentag eingeführt. Eisenbahnbetriebe haben das Recht, sich über zu lange Beschäftigung zu beschweren. Für Schiffsheizer ist nur eine Maximalleistung von drei Tonnen Verbrennung zugelassen. In Belgien ist nur die Frauen- und Kinderarbeit zeitlich geregelt, in Frankreich die der Bahnsangestellten (zehn Stunden), in Österreich ist die elfstündige Arbeitszeit für Fabrikbetriebe festgesetzt, in Russland 11½ stündige. In der Schweiz bestimmt das Fabrikgesetz elf Stunden als Maximum, meist wird jedoch nur zehn Stunden gearbeitet.

Gemeinde-Zeitung.

Aus den Ratssitzungen. Einen für die bauliche Neugestaltung des Stadtteiles Connewitz bemerkenswerten Beschluß faßte der Rat in seiner gesetzlichen Plenarsitzung damit, daß er das abgeänderte Ortsgebot über die Bebauung eines Teiles von Connewitz unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten genehmigte. Danach wird der früher für Fabrikauflagen vorgesehene Baublock zwischen Straße 14 und Straße C nunmehr für Landhausbebauung bestimmt.

Thüringer Dorfsmiede

Restaurant mit Saal, Kreuzstr. 14.

Empfiehlt einen kräftigen Mittagstisch mit Bier 50 Pf., sowie früh und abends Stamm. Jeden Freitag und Sonnabend Topsbraten mit Thüringer Klößen sowie Bratwurstknochen. f. Zwenzauer Bierbier und Bayerisch. Um freundl. Zuspruch bittet L. Starke, Dorfsmied. Mein gemütlicher Saal eignet sich vorzüglich zu Hochzeiten, Kindtaufen und sonstigen Feierlichkeiten und Versammlungen. [6590]

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à portion 40 Pf.

Coburger Hof.

Teleph. I. 433. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I. 433.

Allen gebräten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur geschäftigen Benutzung.

Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pf. Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

Ferner empfiehlt meine kleine Asphalt-Siegelbahn. Franz. Billard.

Sonnabends Schweinstooken.

50 Betten von 80 bis 150 Pf.

Es bietet dazu ein

Hochachtend Karl Langert.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52

Empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochfein.

Sonnabends Schweinstooken, Sonntags Speckfleisch. Hochachtend Herm. Richter.

Restaurant National, L.-Plagwitz, Karl Heine-Strasse 71.

Halte meine Lokalitäten und Vereinsräume bestens empfohlen. Biere und

Speisen von bekannter Güte. Sonntags früh Speckfleisch. Karl Müller.

Giebichenstein b. Halle a. S. Reilsburg.

Großer schattiger Park. — Terrassenförmiger Garten.

Großer Saal mit Nebenkämmen.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. F. Winkler.

Marienbad Leipzig-Neuschönfeld Eisenbahnstrasse Nr. 66. Konradstrasse 25. Schwimmbecken 20°

Dampfbäder, russische, römisch-italische, Voll-

und Teile-Dampfbäder, Einpaddungen,

Specialsurformen, außeramt vorz. Massage.

Damenzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimm-

bassin, frischlaues Wasser. Damenzeit:

Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-1/2 Uhr

nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von

1/2-11 Uhr vorm. Bannenbäder I. u.

II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tages-

zeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh

6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [3658]

Van den Bergh's Holländische Margarine Excelsior

gesetzlich geschützt unter Nr. 3392.

Fabriken in Cleve, Rotterdam, Brüssel, London

größte Etablissements der Branche.

Vierte nach übereinstimmenden Fachmännischen Urteilen

Besten Ersatz für Naturbutter.

Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften. [10255]

Richard Ruhland, Schuhmacher

Plagwitz, Zschoch. Str. 31b, am Kanal

empfiehlt sein reichhaltiges Schuh- u. Stiefel-

Iager von einfacher bis zur elegantesten

Ausführung zu billigen Preisen.

Maassarbeit u. Reparaturen schnell u. billig.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhof zu Leipzig am 18. August 1898.

a) Auftreib:

134 Kinder und zwar 42 Ochsen, 7 Kalben, 54 Kühe, 31 Bullen;

628 Rinder;

445 Stück Schafschlech;

1101 Schweine und zwar 1101 deutsche, — aus

2858 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tier-gattung	Bezeichnung	Lebend-Gewicht.	Schlachtgewicht.
Dörfer:	1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	—
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete	65	61
	3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere	—	57
	4. gering genährt jeden Alters	—	—
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, ausgemästet, Kalben höchste Schlachtwertes	—	—
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	—
	3. ältere ausgemästete Kühe u. wenig gut entwölzte jüngere Kühe u. Kalben	80	74
	4. mäßig genährt Kühe und Kalben	—	54
	5. gering genährt Kühe und Kalben	—	48
Kühen:	1. vollfleischige höchste Schlachtwertes	—	58
	2. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	—	52
	3. gering genährt	—	—
Rinder:	1. feinstes Rind (Folsch, Wollsch, Wollfleisch) und beste Saugkalber	46	—
	2. mittlere Rind und gute Saugkalber	42	—
	3. geringe Saugkalber	37	—
	4. ältere gering genährt (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Rostfleisch (Rostfleisch, Wollfleisch) und beste Saugkalber	33	—
	2. mittlere Rind und gute Saugkalber	31	—
	3. ältere Rostfleisch	30	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1/2 Jahren	—	66
	2. fleischige	—	62
	3. gering entwölzte, jowle Sauen und Eber	—	57
	4. ausländische (aus)	—	—
	c) Verkauf:	langsam.	langsam.
	d) Geschäftsgang:	langsam.	gut.
		langsam.	langsam.
98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen			
628 Rinder			
445 Schafe			
1101 Schweine			

e) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

f) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

g) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

h) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

i) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

j) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

k) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

l) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

m) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

n) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

o) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

p) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

q) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

r) Verkauf:

98 Kinder und zwar 32 Ochsen, 7 Kalben, 43 Kühe, 26 Bullen

628 Rinder

445 Schafe

1101 Schweine

s) Verkauf:

</div